



**Protokoll der 8. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld
vom Mittwoch, 13. Dezember 2023, 16:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsident Pascal Frey

Namensaufruf: 39 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: Gemeinderat Ivo Begic

Mitanwesend: Stadtpräsident Anders Stokholm, Vizepräsidentin Barbara Dätwyler Weber, Stadträtin Andrea Hofmann Kolb, Stadtrat Fabrizio Hugentobler, Stadträtin Regine Siegenthaler

Gemeinderatssekretär: Mathias Frei

Traktanden

- 36 Mitteilungen
- 37 Protokoll der Sitzung vom 15. November 2023
- 38 Botschaft Nr. 7 «Budget der Stadt Frauenfeld für das Jahr 2024»

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, geschätzte Gäste auf der Galerie, geschätzte Medienvertretende, ich darf Sie heute zum letzten Mal in diesem Jahr in diesem Saal begrüßen. Das heisst, das Budget steht an, und es wurde bereits viel abgesprochen und vorbereitet. Ich bin gespannt, wie das Ergebnis am Ende aussieht.

Gespannt durfte ich in den letzten Tagen auch wieder an vielen Anlässen teilnehmen. Nicht nur der Chlaus war unterwegs in Frauenfeld. Wer behauptet, in Frauenfeld sei nur im Sommer etwas los, sollte mal das Gemeinderatspräsidium übernehmen. Da läuft immer was. Unter anderem einiges, was die Stadt betrifft. So wurde die Stadtkaserne von der Armee schon mit einem kleinen Festakt übergeben oder die Badi eröffnet. Oder hier im Saal fand am letzten Samstag die Winter-Night des Jugendrats statt. Und wer steht hinter all diesen Projekten und Anlässen? Genau. Mitarbeitende der Stadt und ihrer Betriebe. Und genau diesen möchte ich heute danken. Denn sie sind es, die viel Leben in unsere Stadt bringen bzw. dieses mitemöglichen. Schön, dass ihr euch tagtäglich 24/7 für Frauenfeld einsetzt.

Ich wünsche Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, gutes Debattieren. Und vielleicht gibt es Besuchende auf der Galerie, die meinem Aufruf in der Frauenfelder Woche gefolgt sind und nun den Krimi im Rathaus dem auf dem heimischen Sofa vorziehen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Namensaufruf:

Es sind zu Beginn der Sitzung 37 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte anwesend, der Rat ist gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 19.

Tagesordnung:

Die Tagesordnung wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Geschäftsreglement des Gemeinderats Art. 23b zugestellt. Wünscht jemand das Wort zur Tagesordnung? – Da niemand das Wort wünscht, gilt diese als stillschweigend genehmigt, und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen.

36

MITTEILUNGEN

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP):

1. Zuerst möchte ich die Gelegenheit nutzen und dem heutigen Geburtstagskind Nathalie Fäh ganz herzlich zum Geburtstag gratulieren. Alles Gute, liebe Nathalie!
2. Die heutige Sitzung ist die letzte von Gemeinderat Ralf Frei. Ich werde dich, lieber Ralf, am Ende der Sitzung noch verabschieden, da wir dich wahrscheinlich noch hören werden.
3. Den Fotografen Ralph Ribl von der TZ und Andreas Taverner als freier Fotograf wurde vom Büro die Erlaubnis zum Fotografieren erteilt.
4. An Ihren Plätzen liegt das lachsfarbene Papier mit den Änderungen der GPKs auf.
5. Mit Beschluss Nr. 300 hat der Stadtrat die Motion betreffend «Senkung der finanziellen Hürden bei der Einbürgerung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen» der Gemeinderatsmitglieder Roland Wetli, Priska Brenner-Braun, Stefan Leuthold, Christoph Regli und Susanne Weibel Hugentobler am 21. November 2023 zur Beantwortung zugewiesen.
6. Mit Beschluss Nr. 302 hat der Stadtrat die Botschaft Nr. 12 «Erneuerung und Auslagerung der Informations- und Kommunikationstechnologie der Stadtverwaltung und des Alterszentrums Park» am 21. November 2023 verabschiedet.

7. Mit Beschluss Nr. 313 hat der Stadtrat die Einfache Anfrage betreffend «Vernehmlassungen in der Stadt Frauenfeld, Gesamtkonzept der Freizeit- und Sportanlagen» am 28. November 2023 beantwortet.
8. Aufgrund des Rücktritts von Ralf Frei wird es in der SP-Fraktion einige Verschiebungen geben. Das Fraktionspräsidium wird Gemeinderätin Susanne Weibel Hugentobler per 1. Januar 2024 übernehmen. Dafür wird sie den Sitz in der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen per 31. Dezember 2023 freigeben. Das neue GPK-Mitglied werden wir an der ersten Sitzung im neuen Jahr wählen, wenn die vorgesehene Person aktiv im Rat dabei sein wird. Ebenso werden wir an der gleichen Sitzung eine Nachfolge für die Flurkommission wählen. Der Beobachtersitz in der GPK Bau und Werke kann ohne Wahl besetzt werden. Der neue Beobachter für die SP-Fraktion wird der Sprechende, Gemeinderatspräsident Pascal Frey sein.

37

PROTOKOLL DER SITZUNG VOM 15. NOVEMBER 2023

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Das Protokoll der Sitzung vom 15. November 2023 wurde am 28. November 2023 im Dossierbrowser aufgeschaltet. Es sind bis heute keine Änderungswünsche eingegangen. Wünscht jemand das Wort zum Sitzungsprotokoll? – Das ist nicht der Fall. Somit ist das Ratsprotokoll stillschweigend genehmigt. Ich bedanke mich bei allen Beteiligten ganz herzlich für das Protokoll.

38

BOTSCHAFT NR. 7 «BUDGET DER STADT FRAUENFELD FÜR DAS JAHR 2024»

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Die Botschaft Nr. 7 des Stadtrats an den Gemeinderat vom 24. Oktober 2023 wurde am 26. Oktober 2023 in den Dossierbrowser geladen. Als Erstes steht das Eintreten zur Debatte, danach folgt die Detailberatung, in der Änderungs- und Rückweisungsanträge gestellt werden können. Ich bitte Sie, die allgemeinen Voten zu Budget, Botschaft oder Finanzplan zu Beginn der Detailberatung zu halten, bzw. da für heute öffentlich ein Rückweisungsantrag angekündigt ist, die allgemeinen Voten erst nach der Behandlung des Rückweisungsantrags vorzutragen. Nach der Behandlung des Rückweisungsantrags können auch allgemein gehaltene Änderungsanträge zu den Anträgen in der Botschaft gestellt werden. Nach dem allgemeinen Teil werden wir die Unterlagen registerweise durchgehen. Dabei können Anträge zu einzelnen Positionen gestellt werden. Grundlage für die Diskussion ist die Botschaft und das Budget, wie der Stadtrat es vorgelegt hat, inkl. der Änderungen der GPKs gemäss dem lachsfarbenen Papier. Falls nötig werden wir die Departemente im Register 3 inkl. Investitionen im Register 6 departementsweise durchgehen. Eventuelle Anträge können dann direkt zu den einzelnen Konten gestellt werden. Anträge sind mir bitte schriftlich einzureichen mit Seitenzahl, Kontonummer bzw. Investitionsbudget und Betrag. Dasselbe gilt auch für Anträge zu den Budgets der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park in Register 7 und 8. Zum Ende werden wir dann über die Anträge der Botschaft abstimmen. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Dies scheint der Fall zu sein, und wir beginnen somit mit dem Eintreten.

Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration: Konkret, und das ist eine sehr klare Aussage, sehen die budgetierten Ergebnisse gemäss Botschaft vor dem lachsfarbenen Papier für die Stadtverwaltung ein Minus von 4.85 Mio. Franken, für das AZP ein kleines Plus von 100'000 Franken und für Thurplus ein etwas grösseres Plus von 4.52 Mio. Franken vor. Im Normalfall vertrete ich hier vorne eine klare Meinung der GPK und rede irgendjemandem ins Gewissen oder freue mich sehr im Namen der GPK über die Re-

sultate oder die vorgelegten Forecasts. Na ja, hier hat sich's dann mit der Einigkeit. Wo wir uns einig sind, damit will ich beginnen, jährlich grüsst das Murmeltier.

Die Stadtverwaltung verfügt über ein strukturelles Defizit. Wir wiederholen dies Jahr für Jahr, das hat mein Vorgänger bereits getan, und zwischenzeitlich hat das auch die Exekutive übernommen, worüber wir uns nur bedingt freuen, weil es einfach Tatsache ist und gar nicht eine Entschuldigung darstellen soll.

Weiter geht es damit, wo wir uns uneinig sind. Wie gilt es, dieses Budget zu interpretieren? Wir haben in der GPK sehr verschiedene Standpunkte gesehen. Nebst dem, dass wir nicht glücklich sind mit den budgetierten roten Zahlen, ist es so, dass wir querdurch verschiedenste Interpretationen feststellen können – ich erspare Ihnen hier die Details. Was die GPK genauso uneinig, aber am Schluss beschlossen hat, ist, dass das diesjährige Budget der Stadtverwaltung – wir kommen in der Detailberatung noch dazu – dem Gemeinderat zur Ablehnung vorgeschlagen wird.

Die GPK hat bereits vergangenes Jahr an dieser Stelle konkret vom Stadtrat einen Plan gefordert, wie wir aus diesem strukturellen Defizit herauskommen. Auf die Frage dieses Jahr in der GPK, ob dieser Plan nun vorliege, wurde uns berichtet, dass es den noch nicht gibt, der liegt noch nicht vor. Aber man arbeite daran. Wenige Tage später, Sie haben das in der Zeitung gelesen, gab es dann die bekannte Medienmitteilung, in welcher Massnahmen zum Haushaltsgleichgewicht dargelegt wurden, konkret eine Investitionsbegrenzung in Zukunft auf 12 Mio. Franken und Plafonierung des Personal- und Sachaufwands auf 55.3 Mio. Franken. Sie haben das gelesen, wieso erzähle ich Ihnen das trotzdem? Entweder war der Reminder in der GPK extrem überfällig, und danach wurde ultraschnell gehandelt oder man hat in der GPK sehr kontrolliert tiefgestapelt.

Da wir uns in der GPK wie gesagt nur über sehr wenig einig waren, insbesondere darüber, dass wir aktuell in dieser Stadt nicht gut haushalten und das über 9 Stunden hinweg debattiert haben, wie sich aus den meist sehr knappen Abstimmungen lesen lässt, wenig erfolgreich einen Konsens versucht haben zu finden, verzichte ich an dieser Stelle auf viele weitere Ausführungen zur Vergangenheit. Lieber blicke ich etwas in die Zukunft, auch im Namen der GPK.

Wir schauen insbesondere mit der nun spezifizierten Verordnung des Kantons zum Haushaltsgleichgewicht in eine Zukunft mit finanziell schwierigen Herausforderungen. Wer nun die Finanzzahlen und den Finanzplan genau betrachtet hat, wird feststellen, dass darin angenommen wird, dass keine Veränderungen im Steuerfuss vorgenommen werden, aber, wir haben es gehört, die Investitionen gedeckelt werden. In der GPK wurde uns sehr bildlich und sehr korrekt dargelegt, wo die Hebel liegen. Die Hebel liegen einerseits in der Deckelung der Investitionen oder Senkung der Investitionen, das ist aber ein langfristiger Prozess. Andererseits liegt der Hebel für ein Haushaltsgleichgewicht darin, den Steuerfuss zu verändern. Wie besprochen kam dazu keine klare Haltung zustande, und somit kommen wir nun zur Beschlussfassung und zur Manifestierung der aktuell unterschiedlichen Haltungen.

Die GPK stimmt einstimmig für den Antrag 1 (Besoldung), auch für Antrag 2 (Steuerfussanpassung) mit 3 Ja, 1 Nein und 2 Enthaltungen, gegen den Antrag 3 (Budget 2024 der Stadtverwaltung) mit 2 Ja, 3 Nein und 1 Enthaltung und nimmt den Antrag 6 einstimmig zur Kenntnis.

Sie hören es, es ist sehr viel Kritik vorhanden, es ist ehrlich gesagt auch eine gewisse Konsternation vorhanden, deshalb möchte ich zum schönen Teil übergehen. Ich möchte, und das sehr ernsthaft, im Namen der GPK auch noch Lob aussprechen. Und zwar haben wir auch dieses Jahr erneut eine sehr gut strukturierte Botschaft erhalten, die gut leserlich war und in der während der Behandlung im Vergleich zum letzten Jahr auch wesentlich weniger Fehler entdeckt wurden, und dementsprechend informativ, korrekt und gut aufgemacht war. Weiter möchte ich gerade

auch in den sehr stressigen Zeiten, die wir aktuell haben, allen Mitarbeitenden der Stadt und insbesondere dem Team von Reto Angehrn danken für diese Botschaft und für den Aufwand, den er dafür tätigt.

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Ich darf in der Zwischenzeit Gemeinderätin Anita Bernhard-Ott und Gemeinderätin Priska Brenner-Braun im Rat begrüßen. Es sind nun 39 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte anwesend, das absolute Mehr beträgt 20.

Gemeinderat Stefan Vontobel (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Zuerst noch eine Frage zum Vorgehen an den Gemeinderatspräsidenten: Ist die Meinung, dass der Rückweisungsantrag zuerst gestellt werden muss? Unserer Meinung nach möchten wir zuerst allen Beteiligten die Voten zum Budget allgemeiner Art erlauben, und wenn diese abgehalten sind, würden wir dann unseren Rückweisungsantrag stellen. Für eine Präzisierung wäre ich sehr dankbar.

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Es ist so, dass wir zuerst Eintreten beschliessen müssen, bevor überhaupt ein Rückweisungsantrag gestellt werden kann. In der Detailberatung sind Sie frei, wann Sie den Rückweisungsantrag stellen wollen.

Gemeinderat Stefan Vontobel (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Das habe ich so verstanden. Dann sind wir für Eintreten und ich werde in der Detailberatung dann unseren Rückweisungsantrag stellen.

Gemeinderätin Annina Villiger Wirth (CH), Referentin im Namen der Fraktion

CH/GP/GLP: Letztes Jahr nicht, aber auch dieses Jahr nicht. Das Budget macht es uns nicht leicht und verursacht Diskussionen sowohl um einzelne Positionen als auch um ganz grundsätzliche Fragestellungen. Gleich zu Beginn: Unsere Fraktion wird das Budget 2024 annehmen und steht auch voll und ganz hinter der Steuerfusserhöhung von 3 %. Dennoch sind auch wir nicht glücklich. Nicht über die steigenden Ausgaben und nicht über die Defizite der Stadt, die sich jetzt und auch in Zukunft abzeichnen.

Im Budget 2024 enthalten ist bereits die 3%ige Steuerfusserhöhung, und dennoch liegt die Stadt in den roten Zahlen. Das heisst auch, dass dies nicht die letzte Steuerfusserhöhung gewesen sein wird. Es braucht also Gegensteuer bei den steigenden Ausgaben. Zumindest darüber herrscht Konsens. Wir müssen sparen, aber wie viel und zu welchem Preis und auf wessen Kosten?

Wie viel macht eine 3%ige Steuerfusserhöhung überhaupt aus und was bekommen wir dafür als Gegenleistung? Für ein mittleres steuerbares Einkommen gemäss Steuerrechner von 55'000 Franken pro Jahr für eine alleinstehende reformierte Person zum Beispiel machen 3 % 80 Franken pro Jahr aus. Und für die am wenigsten verdienenden 10 % der Bevölkerung mit einem Einkommen von nur 3'500 Franken pro Monat macht es 35 Franken pro Jahr aus. Das ist auch in Zeiten steigender Preise nicht so viel Geld. Und dafür bekommen wir eine ganze Menge an Gegenleistungen, die sehr viel wert sind. Am letzten Wochenende zum Beispiel durften wir die nigel-nagel-neue Schlossbadi bestaunen, die unglaublich schön geworden ist. Das Volk hat sie gutgeheissen und damit auch den Anstieg des Steuerfusses akzeptiert. Allerdings war die Grosswetterlage damals noch eine ziemlich andere, heute könnte die Abstimmung auch anders ausgehen. Auf alle Fälle ist mit der Fertigstellung des neuen Hallenbads ein Traum wahrgeworden, und ich habe mich schon gewundert, dass unser Gemeinderatspräsident nicht in die glasklare Oberfläche gesprungen ist, er hatte nämlich die Badehose schon an.

Wir haben eine funktionierende Stadt mit meistens tipptopper Versorgung rundum, wir profitieren von schönen Anlagen, einer Murg, die durch die Stadt fliesst, Kultur, Sport und vielen weiteren Angeboten für Jung und Alt. Hier könnten wir alle unzählig viel Wichtiges aufzählen, was die Stadt anbietet, was sie lebenswert macht und was eine Stadt auch ausmacht. Wie viel an

Angebot muss es denn sein? Dass darüber keine Einigkeit herrscht, haben wir schon in den letzten Gemeinderatssitzungen hören können.

Unserer Fraktion ist es wichtig, dass Frauenfeld auch weiterhin in Angebote und Dienstleistungen für die Einwohnerinnen und Einwohner investiert und zum Beispiel über ein städtisches Pflegezentrum verfügt. Dass dies etwas kostet, ist uns bewusst. Dass dies in einer wachsenden Stadt auch mehr städtische Angestellte benötigt, ist auch nachvollziehbar. In der Fraktion sind wir uns einig, dass es genügend Personal braucht, um Aufträge fristgerecht, gut und richtig zu erledigen. Alles andere verursacht ungesunden Stress beim Personal bis hin zu Krankheit und Kündigung und auch Verärgerung und Frust bei der Bevölkerung. Wie viele Angestellte es wo und warum braucht, ist von aussen sehr schwer zu beurteilen. Da wollen wir uns auf die Einschätzung der Departemente und Ämter verlassen können. Jede neu geschaffene Stelle sollte aber auch dem Anspruch standhalten, dass sie einen Mehrwert bringt und dieser auch belegt werden kann. Und wenn es eine Stelle nicht mehr braucht, soll sie gestrichen werden, auch darauf wollen wir vertrauen.

Für unsere Fraktion ist es logisch, dass in Zeiten steigender Preise und steigender Zinsen, Arbeitskräftemangel und anderer Ereignisse auch die Kosten für eine Stadt steigen, um die gleich guten Leistungen erbringen zu können. Dies darf auch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler etwas kosten, aber natürlich nicht bis zum Umfallen. Vom Stadtrat fordern wir deshalb einen Sparpfad mit einer transparenten und nachvollziehbaren Strategie dahinter. Diese haben wir in den letzten Jahren vermisst. Einer Pflasterlipolitik mit schnell verpuffenden Aktionen wie zum Beispiel dem Verkauf von Liegenschaften stehen wir eher skeptisch gegenüber. Es muss an den grossen Hebeln mit langfristiger Wirkung hantiert werden. Welche sind das? Unsere Fraktion sieht zum Beispiel Sparpotenzial bei der Förderung des motorisierten Individualverkehrs, sprich dem damit einhergehenden gehobenen Ausbaustandard von Strassen. Diese verschlingen Millionen von Franken, und hier fordern wir eine Expertise. Es kann nicht sein, dass die Ausgaben für den sozialen Zusammenhalt zusammengestrichen werden, die Strassen jedoch für die nächsten 500 Jahre halten müssen.

Und zum Schluss noch ein paar Gedanken zu den städtischen Betrieben: Von Thurplus hätten wir gern mehr und tiefergreifende Informationen. So wissen wir zum Beispiel nicht, wie es mit dem Wärmering läuft, ob die Zahl der realisierten Anschlüsse den Erwartungen entspricht oder nicht und warum die Fluktuation beim Personal auf hohem Niveau verharrt. Ist der Stress zu hoch oder ist der Lohn zu tief?

Das AZP verzeichnet regelmässig neue steigende Tarife, gleichzeitig ist ein neuer Wind und ein positiver Drive spürbar, der uns insgesamt zuversichtlich stimmt. Da die Preise auch in Zukunft weiter steigen werden, erwarten wir tragfähige Lösungen, wie Bewohnerinnen und Bewohner, die auf Ergänzungsleistungen angewiesen sind, in Zukunft die Rechnungen bezahlen können. Denn die Ergänzungsleistungen decken die Tarife nicht mehr. Hier werden wir weiterhin den Finger draufhalten.

Zu den Anträgen 1-6 sagt unsere Fraktion geschlossen Ja. Wir bedanken uns beim Stadtrat und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt für ihren grossen Einsatz für eine lebenswerte Stadt.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Ende Oktober fand hier im Bürgersaal der Neuzuzügeranlass statt. Rund 100 Neuzugezogene kamen, unterschiedlichen Alters und Herkunft. Aber was sie gemeinsam hatten, sie waren voll des Lobes für die Dienstleistungsbereitschaft der Verwaltung, für die gute Infrastruktur und für das vielfältige Angebot der Stadt für alle Generationen und Interessen. All dies hat sich in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt und auch verästelt. Seit dem Jahr 2000 sind rund 40 neue Aufgaben auf uns zugekommen, 60 % davon, also 24 aufgrund regulatorischer, also gesetzlicher Vorgaben. Wir haben dies lange Zeit mit einem von 80 auf 60 Prozentpunkten sukzessiv gesenkten Steuerfuss gemeistert, auch dank zuneh-

mender Steuerkraft, dank eines Bevölkerungswachstums von jährlich 1 %, aber vor allem auch dank Zurückhaltung bei den Reinvestitionen in die Infrastruktur, einer sehr schlank aufgestellten Verwaltung und Mitarbeitenden, die sorgsam mit den Ressourcen umgehen.

Jetzt stehen wir an einem entscheidenden Punkt. Das Preisschild für die Weiterführung dieses hohen Niveaus an Infrastruktur und an Dienstleistungen zeichnet sich schon länger ab. Die notwendig werdenden Investitionen und die zum Gesamtwohl beitragenden Aufgaben sind punkto Finanzierung für die Zukunft so nicht mehr gesichert. So ist etwa der Selbstfinanzierungsgrad seit mehr als zehn Jahren trotz mehrheitlich positiven Rechnungsabschlüssen nicht ausreichend. Wenn wir das sorgfältig unter Abwägung von Vor- und Nachteilen Entwickelte aufrechterhalten wollen, dann müssen wir die Finanzierung dafür gewährleisten. Wenn wir umgekehrt aufgrund des sich abzeichnenden Finanzierungsbedarfs die finanziellen Möglichkeiten begrenzt halten wollen, müssen wir bei den Investitionen und den Aufgaben namhafte Einschnitte vornehmen.

Mit der Einführung von HRM2 als Rechnungslegungsstandard ist das Prinzip verstärkt worden, dass Infrastrukturen und Aufgaben von den von ihnen profitierenden Generationen zu bezahlen sind. Dies verpflichtet uns, die Infrastrukturen und die städtische Gemeinschaft in einem Zustand zu halten, der nicht nur uns, sondern eben auch unseren Kindern, die schon da sind, dient. Daher müssen unsere Entscheide in vollem Sinn des Wortes nachhaltig gefällt werden, das heisst sowohl wirtschaftlich, ökologisch als auch sozial. Und das nicht nur für das nächste Jahr oder für die angefangene Legislatur, sondern mindestens für die nächsten 30 oder 40 Jahre.

Die Aufgabe des Stadtrats als Exekutive ist es, Ihnen als Legislative die Situation deutlich aufzuzeigen und mögliche Lösungsansätze zu präsentieren. Mit dem vorliegenden Budget und der Finanzplanung sowie den Finanzkennzahlen haben wir die Situation aufgezeigt, wie sie sich bei einer vorsichtigen Weiterführung des bisherigen Niveaus ergibt. In der Folge haben wir Ihnen im Anschluss an die vergangene Ratssitzung vom 15. November, unter Ausschluss der Öffentlichkeit, anhand von Modellrechnungen aufgezeigt, an welchen Stellschrauben mit welcher Wirkung gedreht werden kann. Die hauptsächlichen Stellschrauben sind der Personal- und Sachaufwand, die Investitionen und der Steuerfuss. Wir haben Ihnen aufgezeigt, dass nur mit einer Kombination dieser und auch weiterer Stellschrauben das Ziel erreicht werden kann, die Stadtfinanzen zu stabilisieren. Wir haben Ihnen dort schon auch den ungefähren Umfang des jeweiligen Drehens gezeigt. Plafonierung von Personal- und Sachaufwand, Reduktion der Investitionen, Anpassung des Steuerfusses.

In den Budgetsitzungen der verschiedenen Geschäftsprüfungskommissionen erhielten wir kritische Fragen, die wir beantworten konnten. Einige Positionen wurden daraufhin in die eine oder andere Richtung angepasst. Den am 15. November aufgezeigten Rahmen haben wir dann am 5. Dezember in einen Stadtratsbeschluss gefasst, der die Rahmenbedingungen für die angefangene Legislatur setzt. So viel also zum Thema, Herr GPK-Präsident Elio Böhner, wann und weshalb so kurz nach der GPK-Sitzung bereits kommuniziert werden konnte: Weil vorher schon intensiv gearbeitet wurde.

Und nun zu diesen Rahmenbedingungen: In den Jahren bis und mit 2027 wollen wir folgende Ziele erreichen: Wir wollen den Selbstfinanzierungsgrad auf mindestens 80 % anheben, was sehr, sehr herausfordernd sein wird.

- Wir wollen den Bilanzüberschuss nicht 40 Mio. Franken unterschreiten lassen.
- Der Nettoverschuldungsquotient darf 50 % nicht übersteigen. Sie wissen, ab 100 % greift das Haushaltsgleichgewicht.
- Die Nettoverschuldung pro Einwohner muss unter 1'000 Franken bleiben.
- Der Gemeindesteuerfuss darf auch bei einer Abschaffung der Liegenschaftensteuer, was im Fall von Frauenfeld 3 Steuerprozent ausmacht, nicht über 70 % steigen.
- Und das Rechnungsergebnis soll unter 2 Mio. Franken Defizit gelangen.

Um diese Ziele zu erreichen, legen wir folgenden Rahmen fest:

- Der Personal- und der Sachaufwand werden für die Folgejahre bis und mit 2027 auf dem Stand des Budgets 2024 plafoniert, d. h. auf 55.3 Mio. Franken.
- Die Nettoinvestitionen pro Jahr werden in den Jahren 2025-2027 auf 12 Mio. Franken reduziert.
- Der Steuerertrag ist auf mindestens 55 Mio. Franken zu steigern.

Und daraus folgen dann folgende Massnahmen:

- In den steuerfinanzierten Bereichen gibt es kein Stellenwachstum.
- Der Sach- und übrige Betriebsaufwand ist daher jährlich um mindestens 1 % des Vorjahrs zu reduzieren. Weshalb um mindestens 1 %? Wenn wir sagen, dass Personal- und Sachaufwand gleichbleiben sollen und wir bei den Stellen keinen Abbau, sondern eine Plafonierung machen, dann müssen wir die Teuerung und die Lohnentwicklung im Sachaufwand auffangen, damit die Plafonierung erhalten bleibt. Wahrscheinlich wird es dann eine Kombination von beidem geben, denn wenn es weniger Aufgaben gibt, dann wird wohl auch weniger Personal benötigt werden.
- Die Investitionen sind zu reduzieren sowie durch geeignete Gegenfinanzierung tiefzuhalten, zum Beispiel durch Inwertsetzungen oder auch Liegenschaftenveräusserungen dort, wo es Sinn macht.
- Die Attraktivität für steuerkräftige Personen und Firmen mit hoher Wertschöpfung ist zu verstärken, und der Gemeindesteuerfuss wird wenn nötig, aber nur moderat angepasst, das ist insbesondere bei der Abschaffung der Liegenschaftensteuer zu prüfen.

Das ist also das Paket, das wir verabschiedet haben. Ihre Aufgabe als Gemeinderat, als Legislative wird in dieser angefangenen Legislatur sein, zusammen mit dem Stadtrat auf der einen, der Bevölkerung und der Wirtschaft auf der anderen Seite und mit der Verwaltung die Richtung vorzugeben und mit allen zusammen den Grundstein für die nächsten Jahrzehnte zu legen. In diesem Sinn tut das vorliegende Budget 2024 vor allem eines, es zeigt noch einmal deutlich auf, dass Handlungsbedarf besteht, und zwar ein grundsätzlicher. Packen wir ihn gemeinsam in den kommenden Jahren der angefangenen Legislatur an.

Was die Budgetbotschaft aber auch zeigt, für Panik und Schnellschüsse besteht kein Bedarf. In der Botschaft wird aufgezeigt, dass auch die Rechnung 2023 mit einem geringeren Defizit als budgetiert schliessen wird. Das war ja schon in der Vergangenheit so, wir alle erinnern uns hoffentlich daran, die Rechnung fiel immer positiver aus als das Budget, und entgegen vielleicht Ihrer Meinung, das ist auch gut so, denn es zeigt zum einen, dass mit dem erforderlichen Vorsichtsprinzip budgetiert wurde und zum anderen, dass die Verwaltung sorgsam mit den ihr zur Verfügung gestellten Mitteln umgeht und nicht auf Teufelkommraus die Munition unnötig verschiesst. Wir nützen also das Budget nicht einfach aus, weil wir noch ein bisschen Geld zur Verfügung haben, das ist nicht die Haltung der Verwaltung. Wir haben deshalb auch Zeit, sorgfältig zu prüfen, wie stark an welchen Stellschrauben gedreht werden soll und welche Massnahmen dort notwendig sind. Dies ist zuvorderst die Aufgabe der Exekutive und der Verwaltung, denn sie kennt ihr Arbeitsgebiet am besten. Die entsprechenden Schritte werden mit der Massnahmenplanung zur Umsetzung der Legislatorschwerpunkte auch gemacht, und Ungeduld ist deshalb hier fehl am Platz. Nichtsdestotrotz ist eine Anpassung des Steuerfusses notwendig. Es geht um 3 Steuerprozent. Für die Stadt sind dies 2 Mio. Franken. Wie viel ist es für den einzelnen? 50 % der Frauenfelder Steuerpflichtigen zahlen 20 Franken oder weniger pro Tag am Bundes-, Staats-, Gemeinde-, Schul- und Kirchensteuer. 2021 waren es noch 20.60 Franken pro Tag, 2022 dann 20 Franken, auch 2023. Und 2024 werden es noch 20 Rappen mehr pro Tag sein. Sind es diese 20 Rappen pro Tag oder 71 Franken pro Jahr nicht wert? Denn 2024 dürfen wir zum Beispiel in das neugebaute Hallenbad gehen oder bei der Stadtkaserne eine neue zivile Nutzung anstossen. Ich persönlich freue mich darauf. Darum ist es mir, der ich ein bisschen mehr Steuern zahle, nämlich 100 Franken pro Tag und nächstes Jahr 1 Franken mehr pro Tag, auch wert. Und wie ich gehört habe, bin ich damit nicht allein.

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Den Voten entnehme ich, dass das Eintreten unbestritten und somit stillschweigend genehmigt ist.

Detailberatung

Gemeinderat Ralf Frei (SP), Referent im Namen der Fraktion SP: Zunächst bedanken wir uns bei allen Beteiligten für die Erarbeitung des Budgets für das kommende Jahr und die Aufarbeitung der Unterlagen. Mindestens ebenso sehr bedanken wir uns aber auch bei allen städtischen Angestellten für ihren Einsatz für die Stadt und für ein würdiges Zusammenleben in unserer Gemeinde. Sie leisten grossartige Arbeit.

Nicht so grossartig sieht hingegen das vorgeschlagene Budget der Stadt Frauenfeld für das Jahr 2024 aus. Der Stadtrat beantragt erneut eine Steuererhöhung und stellt dennoch einen Aufwandüberschuss in Aussicht, inklusive noch trüben Aussichten für die kommenden Jahre. Dass diese Situation bereits im Vorfeld für viel Unmut gesorgt hat, ist selbstverständlich, man wünscht sich so etwas ja nicht.

Nicht selbstverständlich ist hingegen, dass einige Ratsmitglieder über die Situation erstaunt zu sein scheinen, obwohl wir seit Jahren sehenden Auges im Stechschritt darauf zuliefen. Dass die Ausgaben steigen werden, war allen klar, trotzdem hat man den Steuerfuss immer weiter und noch weiter gedrückt. Als sich die nötigen Erhöhungen dann abzeichneten, war man nicht mehr ganz so handlungsfreudig, was sich auch vor einem Jahr zeigte. Ich möchte eigentlich nicht den Mahnfinger auspacken und euch erklären, dass wir es euch ja gesagt haben, aber wir haben es euch ja gesagt.

Und hier stehen wir nun und diskutieren darüber, wie wir Einnahmen und Ausgaben wieder halbwegs in ein vernünftiges Verhältnis bringen können. Der Stadtrat versucht dies insbesondere durch Erhöhung des Steuerfusses um 3 %, weitere Erhöhungen winken uns bereits am Horizont entgegen.

Für die SP ist klar, dass wir um diese Erhöhungen nicht herumkommen, wenn wir die Stadt nicht zu Tode sparen wollen. Der Steuerfuss ist im Moment der einzige Hebel, der finanziell genügend grosse Auswirkungen hat, das zeigen doch auch die Ergebnisse des ganzen Budgetprozesses inklusive der sehr langwierigen Diskussionen in den verschiedenen GPKs und den Fraktionen, die keine anderen griffigen Lösungen hervorbrachten.

Die Infrastruktur hat hohen Investitionsbedarf, die grossen Projekte wie zum Beispiel die Schlossbadi oder die Kaserne werden nach Jahren endlich handfest, und gutes Personal ist wichtiger denn je, aber eben auch schwer zu halten.

Natürlich sehen auch wir an einigen Ecken Positionen, auf denen kleinere Beträge eingespart werden könnten, diese Beträge können aber bei Weitem nicht die Steuererhöhung ersetzen. Wir fragen uns sogar vielmehr, ob die 65 % reichen werden. Dennoch erachten wir sie in der jetzigen Situation, die von der Teuerung geprägt ist, aber für einen sinnvollen Kompromiss, den wir unterstützen, genauso wie die restlichen Anträge der Botschaft. Einzelne Änderungsanträge werden wir mindestens punktuell im Verlauf der Diskussion einbringen oder unterstützen. Es bleibt spannend.

Gemeinderat René Gubler (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Ich möchte mich im Voraus bei allen Personen bedanken, die an diesem Budget mitgearbeitet haben. Unsere Fraktion stellt ein weiteres Mal fest, dass der Sparwille beim Stadtrat an einem kleinen Ort ist. Die Medienmitteilung des Stadtrats von letzter Woche kommt zu spät. Doch Einsicht ist der beste Weg zur Besserung. Und so werden wir gespannt sein auf die kommenden Budgets. Doch bleiben wir jetzt bei den vorliegenden Zahlen.

Uns stört am meisten, dass trotz einer 3%igen Steuerfusserhöhung ein so grosses Defizit in der Kasse klafft. Und wenn man die Finanzplanzahlen für die Zukunft anschaut, sieht die Finanzlage unserer Stadt zappendüster aus. Dass das Nettovermögen etwas zurückgefahren werden könne, haben wir immer gesagt. Dass es binnen weniger Jahre ins Gegenteil umgekehrt wird, davon haben wir immer gewarnt. Vor diesem Hintergrund haben wir grosse Sympathien für den Rückweisungsantrag, der allenfalls gestellt wird, da wir nämlich über ähnliche Anträge diskutiert haben, womit substanzielle Einsparungen erreicht würden. Nun noch etwas mehr ins Detail.

Der Sozialraum hat eine Kostensteigerung von fast 100 % gegenüber der Rechnung 2022 erfahren. Hier muss man sich Fragen stellen, ob Aufwand und Ertrag für die Bevölkerung im Verhältnis steht. Weiter haben wir über den neu eingeführten Budgetposten 2133 Stadtkaserne diskutiert. Ist es richtig, dass der Stadtrat ohne separate Botschaft einen Budgetposten einführen kann, der ein Drittel des Defizits ausmacht? Der Stadtrat beteuert ja, wir sind dezidiert der Meinung nein, da die öffentliche Diskussion über dieses weitreichende Projekt nur auf die Budgetdebatte reduziert würde. Die Probleme der Fernwärme lassen grüssen.

Zum Budget von Thurplus gibt es wenig zu bemerken, obwohl auch bei diesem das Augenmerk auf Aufwand und Ertrag liegen muss, da sich das Umfeld rasch wandelt.

Das Alterszentrum Park wird im Fokus der nächsten Jahre stehen, da dort sehr grosse Projekte anstehen. Wie diese finanziert werden sollen, ist für uns noch völlig unklar.

Sie hören, wir machen uns Sorgen um die Finanzlage der Stadt, sind aber durchaus gewillt, das eine oder andere zu tun, um bei einer Bauernweisheit zu bleiben. Die Anträge 1, 4 und 5 werden wir unterstützen, der Antrag 3 wird zurückgewiesen und damit auch Antrag 2, der Antrag 6 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Gemeinderat Stefan Vontobel (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Mit dem Budget präsentiert uns der Stadtrat eine Planung mit 17.4 Mio. Franken Nettoinvestitionen – das entgegen der Medienmitteilung, die er letzte Woche verschickt hat, mit einer Plafonierung und einem erwarteten Verlust von 4.9 Mio. Franken bei der Stadtverwaltung. Thurplus budgetiert einen Gewinn von 4.5 Mio. Franken, beim AZP wird ein leichtes Plus erwartet.

In der Rechnung 2022 wiesen wir bei der Stadtverwaltung noch ein Nettovermögen von 38 Mio. Franken aus, im Budget 2024 wird eine Nettoschuld von minus 4 Mio. Franken erwartet. Auch bei Thurplus ist das Nettovermögen im Sinkflug. Führt man sich die Finanzpläne 2025-2027 zu Gemüte, steigt die Nettoschuld bis ins Jahr 2027 auf 54 Mio. Franken. Ich wage nicht abzuschätzen, was das uns zusätzlich kosten wird.

Bei den Ausgaben weist das Budget erneut drastische Erhöhungen aus. Um konkret zu werden: Die Personalkosten bei der Stadtverwaltung haben sich seit 2021, also innert vier Jahren um 5.3 Mio. Franken erhöht. Das ist ein Zuwachs von sage und schreibe 22 %. In Personen ausgedrückt sind das zusätzlich 49 Vollzeitstellen. Begründet wird der Stellenaufbau unter anderem mit gesellschaftlichen Bedürfnissen und steigenden Einwohnerzahlen. Der Stadtpräsident hat es anlässlich des Eintretens gesagt, gesellschaftliche Bedingungen, die uns aufgezwungen werden. Wer ist die Gesellschaft? Wir sind die Gesellschaft. Die Bevölkerung von Frauenfeld ist im gleichen Zeitraum, also in den letzten vier Jahren um knapp 3 % gewachsen. Mir fehlt einfach die Fantasie, diese 3 % Bevölkerungswachstum mit dem zweistelligen Stellenwachstum in Einklang zu bringen.

Beim Sachaufwand fällt die Wiedereröffnung der Schlossbadi mit 1.6 Mio. Franken nächstes Jahr ins Gewicht. Das wussten wir. Ebenso die fast um das Doppelte gestiegene Zinslast von 900'000 Franken auf 1.6 Mio. Franken. Man stelle sich vor, das Nettovermögen verändert sich zu einer wahnsinnigen Nettoschuld. Aufgrund der Vorgaben von HRM2 werden die Abschreibungen in

den kommenden Jahren weiter steigen. Die geplanten Ertüchtigungskosten der Stadtkaserne sind uns zum jetzigen Zeitpunkt unklar, mein Vorredner von der SVP hat es bereits erwähnt.

Vor diesem Hintergrund wäre es umso mehr die Aufgabe und Verantwortung des Stadtrats gewesen, das Zepter in die Hand zu nehmen und den Sachaufwand sowie die Personalkosten über alle Departemente nicht weiter ansteigen zu lassen und die Investitionsvorhaben unter die Lupe zu nehmen. Eine Aufgaben- und Leistungsüberprüfung ist längst überfällig. Nicht nur kann sich die Stadt das grosse Aufgabenportfolio finanziell nicht mehr leisten, angesichts des drohenden Arbeitskräftemangels werden ihr auch die nötigen personellen Ressourcen dazu fehlen. Organisationsentwicklung, Digitalisierung, Prozessoptimierung zur Effizienzgewinnung heissen die dringlichen Handlungsfelder.

In seiner Würdigung des Budgets verweist der Stadtrat auf die Prüfung der Investitionsausgaben sowie das Leistungsangebot und führt aus, «sparen bedeutet auch zu verzichten. Aber wo soll gespart werden und wo soll verzichtet werden?» Unser Stadtrat stellt sich Fragen, anstatt Führung und Verantwortung zu übernehmen und Massnahmen zu ergreifen, um die finanzielle Situation unserer Stadt in den Griff zu bekommen. Anstatt Verantwortung zu übernehmen und Sparentscheide zu treffen oder zu fällen, spielt er den Ball lieber in die Ecke des Gemeinderats. Ich zitiere erneut aus der Botschaft: «Politische Vorstösse, worauf verzichtet werden könnte, gibt es keine.» Die heisse Kartoffel reicht er also lieber gleich weiter an uns.

Wir bringen heute Abend einen Vorstoss und zeigen in unserem Rückweisungsantrag auf, wie und wo über alle Departemente hinweg gespart werden kann. Und glauben Sie mir, es ist nicht so kompliziert, wie suggeriert wird, aber zeitaufwendig ist es, sich als Milizparlamentarier durch 487 Seiten durchzuarbeiten. Zeitaufwendig und notwendig.

Dass es keine politischen Vorstösse gab, ist nicht ganz richtig. Hätte sich der Stadtrat die Zeit genommen, die Budgetprotokolle der vergangenen Jahre durchzugehen, hätte er registriert, dass über alle Fraktionen hinweg verschiedentlich Erwartungen formuliert wurden. Es gibt die Motion Vontobel/Widmer/Gubler zur Leistungsüberprüfung. Wir haben diese im Januar nach der Ankündigung der letzten Budgetdebatte eingereicht. Bis heute warten wir, dass die Motion in den Rat kommt. Genau sie soll die Grundlage für die Beurteilung schaffen, wo ungebundene und gebundene Ausgaben gestützt auf welche gesetzliche Grundlage vorliegen. Die Beurteilung, welche Ausgabe welche Wirkung in der Stadt hat, ist nicht Teil der Motion, sondern Teil des politischen Prozesses mit dem Resultat, politische Vorstösse zielführend einreichen zu können. Dass das Budget dreier Lesungen bedurfte und mit einem Minus von 13 Mio. Franken startete, ist nicht vertrauensbildend und führt zu grossem Unbehagen. Wir haben bereits letztes Jahr in der Budgetdebatte darauf hingewiesen, dass den ungebremst steigenden und steigenden Kosten Einhalt zu gebieten ist. Und ganz wichtig, wir haben auch erklärt, was die Konsequenzen bei einem weiteren Leistungsausbau sind.

Sie kennen die Zahlen, jetzt müssen wir handeln. Jetzt müssen wir Wünschbares vom Nötigen trennen, wie wir das in unserer Medienmitteilung gefordert haben. Nein sagen ist jetzt Pflicht. Die Kostensteigerungen bei den Mieten und den Krankenkassenprämien zwingen die Bürger, den Gürtel enger zu schnallen. KMU und Unternehmen reagieren mit Kostensenkungsmassnahmen auf die abflauende Konjunktur. Es darf nicht sein, dass die Staatsausgaben ungebremst munter weiter wachsen. Wir fordern einen Marschhalt, Plafonierung des Personalbestands auf dem Stellenplan 2023, wir fordern markante Kostensenkungen beim Sachaufwand und wir fordern eine klare Priorisierung bei den Projekten. Wir sind mit dem vorliegenden Budget für die Stadtverwaltung nicht einverstanden und auch nicht mit dem Inhalt der Medienmitteilung des Stadtrats von letzter Woche. Deshalb werden wir am Schluss der allgemeinen Voten in der Detailberatung den erwähnten Rückweisungsantrag einreichen.

Wir haben alle Gemeinderatsmitglieder im Vorfeld über den Antrag informiert. Wir wollen grundsätzlich keinen Shutdown, wie wir das aus den USA kennen, aber wir bieten auch Hand,

rasch Lösungen zu finden und sind der Überzeugung, dass eine Überarbeitung des Budgets – auch mit einer Sondersitzung des Gemeinderats sowie der GPK – schnell zu einer Lösung führen kann. Wir würden uns über eine Unterstützung des Rückweisungsantrags über die Parteigrenzen hinweg freuen. Den Anträgen 2 und 3 werden wir nicht zustimmen, wenn es heute Abend zu einer Abstimmung kommt. Die Budgets von Thurplus und AZP sind in den Grundsätzen unbestritten.

Gemeinderat Beda Stähelin (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP:

«Eine Rückweisung nützt nichts, da damit der Stadtrat zu wenig Zeit für solche grundsätzlichen Überlegungen zur Verfügung hätte. Aber der Stadtrat soll die Zeit bis zum nächsten Budget nutzen und prüfen, wie er durch Veränderungen mit grossen Entwürfen statt mit kleinen symbolischen Streichungen ein gutes Budget präsentieren kann.» Das ist nicht die Meinung, die ich heute im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP vertrete, sondern ein Zitat aus unserem Fraktionsvotum in der letztjährigen Budgetdebatte. Wir haben uns damals mit einer Rückweisung des Budgets und den damit verbundenen Folgen auseinandergesetzt, abgewogen und uns letztlich dagegen entschieden. Wir haben das so kommuniziert, den Stadtrat aber gleichzeitig unmissverständlich aufgefordert, die Zeit bis zum nächsten Budget zu nutzen, um substantielle Anpassungen vorzunehmen. Wir haben klar zum Ausdruck gebracht, dass wir ein weiteres Ausgabenwachstum, dem dann wiederum mit Steuererhöhungen entgegengewirkt werden soll, nicht mehr akzeptieren werden.

Nun sehen wir uns ein Jahr später mit einem Budget konfrontiert, das uns nicht den Eindruck vermittelt, dass unsere Forderungen damals ernstgenommen wurden. Mit rund 95 Mio. Franken liegt der betriebliche Aufwand wiederum knapp 6 Mio. Franken höher als im Budget 2023 und fast 14 Mio. Franken höher als in der Rechnung 2022. Eine Zunahme von satten 17.5 %, hauptsächlich verursacht durch Personalkosten mit einem Plus von 5 Mio. Franken bzw. gut 20 % sowie Sach- und übrigen Aufwand, der ebenfalls 5 Mio. Franken bzw. sogar 25 % höher ausfällt. Natürlich sind die Mehrausgaben teilweise externen Umständen geschuldet, auf die kaum Einfluss genommen werden kann. Das erklärt aber erstens nur einen Teil des Ausgabenwachstums, und zweitens bestünde ja auch die Möglichkeit, die zwingenden Mehrausgaben mit Einsparungen andernorts aufzufangen. Wir haben aber leider beim besten Willen nicht den Eindruck, dass dies ernsthaft genug getan bzw. versucht wurde. Dieser Eindruck ist einerseits den nackten Zahlen geschuldet, andererseits wird er aber auch durch vielerlei weitere Indizien in der Botschaft bestätigt. Ein sinnbildliches Beispiel hierfür bildet die Investition Nr. 715 Arealentwicklung Gaswerkstrasse. Für geschätzte Kosten von 2.63 Mio. Franken soll hier eine Wohnüberbauung bis zur Stufe Baubewilligung entwickelt werden. Es ist für uns unverständlich, dass die Stadt neben allem anderen auch noch so ein Projekt und die damit verbundenen Kosten auf sich nimmt.

Seit Jahren werden zusätzliche Stellen damit begründet, dass man so viele Projekte zu bewältigen habe. Auch in der vorliegenden Botschaft heisst es wieder, dass die Projekte in den letzten Jahren stetig zugenommen haben und grosse Projekte anstehen, welche die aktuellen personellen Ressourcen übersteigen. Ja, wen wundert's? Wieso hat man mit Blick auf die beschränkten Ressourcen nicht einmal die Gnade zu sagen, nein, das machen wir nicht auch noch. Stattdessen richtet der Stadtrat in der Würdigung des Budgets die Frage an den Gemeinderat, wo denn gespart werden solle. Es gebe keine politischen Vorstösse, worauf verzichtet werden soll. Mit anderen Worten wird dem Gemeinderat die Verantwortung für das ungebremste Ausgabenwachstum zugeschoben, weil er dem Stadtrat nicht im Detail Vorgaben gemacht hat, wo weniger ausgegeben werden soll. Welches Verständnis der Aufgabenteilung zwischen Exekutive und Legislative diesen Aussagen zu Grunde liegt, erschliesst sich mir nicht wirklich. Im Übrigen war der Auftrag an den Stadtrat aus der letztjährigen Budgetdebatte nach unserem Verständnis klar, ich verweise auf mein einleitendes Zitat.

Gleichzeitig wird in besagter Würdigung darauf hingewiesen, dass die Investitionen, das Leistungsangebot der Stadt und die Finanzierung geprüft werden müssten, um die Staatsfinanzen

ins Lot zu bringen. Offenbar sieht also auch der Stadtrat sowohl einen Handlungsbedarf als auch einen Handlungsspielraum. Vor wenigen Tagen, wir haben es schon gehört, wurde nun seitens Stadtrat auch noch bekanntgegeben, dass verschiedene Massnahmen zur Einhaltung des Haushaltsgleichgewichts beschlossen worden seien. Man lehnt sich nicht allzu weit aus dem Fenster, wenn man hier einen Zusammenhang mit der heutigen Debatte vermutet. Ungeachtet dessen ist es natürlich zu begrüssen, wenn der Stadtrat jetzt aktiv wird. Wir fragen uns aber: Wieso kommt das erst jetzt? Wieso wurde das nicht bereits im vergangenen Jahr in Angriff genommen und im vorliegenden Budget umgesetzt, wie wir das bei der Beratung des Budgets 2023 verlangt haben? So werden wir den Eindruck erst recht nicht los, dass unsere Voten vor einem Jahr nicht mit der nötigen Ernsthaftigkeit entgegengenommen wurden. Und damit einher geht eben auch die Befürchtung, dass wir nächstes Jahr wieder an einem ähnlichen Ort stehen werden. Wir sind aber nicht mehr bereit, ein weiteres Mal ein Budget zähneknirschend durchzuwinken und zu hoffen, dass es dann nächstes Jahr schon besser kommt. Das haben wir vor einem Jahr so angekündigt und heute müssen wir dem Taten bzw. eben entsprechende Beschlussfassungen folgen lassen. Alles andere wäre von unserer Seite inkonsequent und letztlich auch unglaubwürdig. Entsprechend wird unsere Fraktion den angekündigten Rückweisungsantrag unterstützen. Hierbei gilt es zu betonen, dass es uns nicht primär darum geht, zu sparen. Es ist ja immer und überall die Rede von Sparen. Sparen würde aber bedeuten, weniger zu machen. Wir wollen aber in erster Linie, dass nicht immer mehr gemacht, nicht immer mehr ausgegeben wird. Sparen würde bedeuten, dass beispielsweise bei den Personalkosten zusammengestrichen wird. Gerade darum geht es aber gar nicht. Noch einmal: Wir reden beim Personal von einem Ausgabenwachstum von 24 Mio. Franken auf 29 Mio. Franken in zwei Jahren. In zwei Jahren. Man muss sich nur einmal vorstellen, was das heissen würde, wenn es einfach so weitergeht, wenn jetzt nicht auf die Bremse getreten wird. Eine solche Entwicklung einfach hinzunehmen, wäre schlicht unverantwortlich.

Uns ist auch bewusst, dass mit der Rückweisung negative Konsequenzen einhergehen und dass die Stadtverwaltung in ihrer Handlungsfähigkeit bis zum Vorliegen eines nachgebesserten Budgets eingeschränkt sein wird. Wenn das aber gegen eine Rückweisung sprechen würde, müsste auch konstatiert werden, dass der parlamentarische Budgetprozess bis zu einem gewissen Grad zur Makulatur verkommt. Wenn ein fehlendes Budget zum Jahresbeginn nicht in Kauf genommen werden kann, können wir uns den ganzen Aufwand auch sparen und uns auf eine blosser Kenntnisnahme des Voranschlags beschränken. Die Gemeindeordnung gibt uns aber eine andere, eine weitergehende Aufgabe, und dieser müssen wir nachkommen, mit allen Konsequenzen. Und eine Konsequenz kann eben auch sein, dass die Stadt mit einem Notbudget arbeiten muss. Das wäre im Übrigen auch die Folge eines Referendums, und es wird wohl niemand auf die Idee kommen, die Berechtigung dieses Volksrechts in Zweifel zu ziehen. Dass wir uns diese Frage nach den Konsequenzen einer Rückweisung überhaupt stellen müssen, liegt im Übrigen einzig daran, dass das Budget erst kurz vor Jahresende vorgelegt wird. Man hätte das Ganze auch anders terminieren und damit einen Puffer für eine allfällige Überarbeitung schaffen können. Die entsprechende Kompetenz hat der Stadtrat. Dass sie nicht genutzt wird, kann nicht Grund für einen faktischen Zwang zur Gutheissung eines Budgets sein, mit dem wir eigentlich nicht einverstanden sind. Entsprechend werden wir der Rückweisung mit den formulierten Aufträgen wie gesagt zustimmen.

Wir erwarten darüber hinaus, dass der Stadtrat auch die geplanten Investitionen noch einmal unter die Lupe nimmt, inwieweit diese zum jetzigen Zeitpunkt wirklich nötig sind. Wir sind der Meinung, dass insbesondere bei verschiedenen Projektierungen zumindest noch kein Handlungsbedarf besteht. Dies auch mit Blick darauf, dass solche Planungen wiederum weitere Investitionen auslösen. Konkrete Beispiele, bei denen wir neben den im Rückweisungsantrag genannten Projekten Einsparungspotenzial sehen, sind die Projektierung für die Entwicklung Areal Galgenholz, den Murgbogen und das Casino. Dasselbe gilt in Bezug auf die Ausführung des Murgwegs. Sollte die Rückweisung scheitern, werden wir dazu noch weitere Anträge stellen. Dasselbe gilt in Bezug auf die budgetierte Steuerfusserhöhung, wo wir eine Reduktion der Erhöhung auf 2 % beantragen werden. Wie dargelegt, hat die Stadt primär ein Ausgabenproblem.

Ganz einfach gesagt, wir wollen, dass weniger ausgegeben wird, statt dass einfach immer mehr beim Volk geholt wird.

Bisher habe ich lediglich zum Budget der Stadtverwaltung gesprochen und kratze wahrscheinlich bereits an der Obergrenze der zulässigen Redezeit. Entsprechend kurz halte ich mich in Bezug auf die Budgets Thurplus und AZP. Da sind wir der Meinung, dass unter den gegebenen Umständen vernünftig budgetiert wurde, entsprechend werden wir den Anträgen auf Gutheissung einstimmig zustimmen. Zum Abschluss danke ich trotz allem allen im Budgetprozess Involvierten für die geleistete Arbeit.

Gemeinderat Stefan Vontobel (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Ich beantrage Rückweisung des Budgets. Wie ich von Alt-Gemeinderatspräsident Claudio Bernold gehört habe, bin ich verpflichtet, den ganzen Antrag vorzulesen. Darf ich da um Bestätigung durch den amtierenden Gemeinderatspräsidenten bitten? Er sagt ja, dann werde ich das tun.

Die Fraktion FDP. Die Liberalen beantragt die Rückweisung des Budgets 2024 für die Stadtverwaltung (Antrag Nr. 3 der Botschaft Nr. 7, Budget 2024 der Stadt Frauenfeld). Von diesem Rückweisungsantrag ausgeschlossen sind die individuellen Besoldungsanpassungen und die Leistungsprämien gemäss Antrag 1 der Botschaft Nr. 7, Budget 2024 sowie das Budget 2024 von Thurplus (Antrag 4, Botschaft Nr. 7, Budget 2024) und das Budget 2024 für das Alterszentrum Park (Antrag 5, Botschaft Nr. 7, Budget 2024). Von diesem Rückweisungsantrag mitumfasst ist Antrag 2, Botschaft Nr. 7, Budget 2024 betreffend Steuererhöhung. Dies im Sinne der Einheit der Materie und Hinweis seitens des Gemeinderatspräsidenten und -sekretärs nach erfolgten Abklärungen mit dem Leiter Rechtsdienst, Departement für Inneres und Volkswirtschaft des Kantons Thurgau.

Der Stadtrat wird beauftragt, das Budget für die Stadtverwaltung zu überarbeiten. Insbesondere sind folgende Eckpunkte umzusetzen:

1. Personalaufwand:

Der Personalbestand der städtischen Verwaltung ist auf dem Stellenplan 2023 zu plafonieren und es sind die Kosten für die nachfolgend geplanten Stellen zu streichen:

- 1.1. Kto Grp. 2160 Eigentümerversammlung, Standortförderung, Botschaft Nr. 7, Kapitel 3.12 Stellenanpassungen, S. 41:
Streichung der Kosten für 100 Stellenprozent
- 1.2. Kto Grp. 2400 Zentrale Dienste, Amt für Tiefbau und Verkehr, Botschaft Nr. 7, Kapitel 3.12 Stellenanpassungen, S. 41 ff:
Streichung der Kosten für 70 Stellenprozent
- 1.3. Kto Grp. 3120 Amt für Freizeit und Sport, Botschaft Nr. 7, Kapitel 3.12 Stellenanpassungen, S. 42:
Streichung der Kosten für 30 Stellenprozent

2. Sachaufwand

- 2.1. Kto. 3110 Büromöbel und -geräte (Raumausstattung) über alle Departemente (1-5) Kürzung der Kosten um mindestens 100'000 Franken
- 2.2. Kto. 3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc. über alle Departemente (1-5) Kürzung der Kosten um mindestens 400'000 Franken

3. Weitere allgemeine Kürzungen

Zusätzlich sind über alle Departemente der städtischen Verwaltung (ohne die Betriebe Thurplus und AZP) Kosteneinsparungen von 800'000 Franken zu erzielen.

4. Investitionen

Kto. 2160.5290.00 übrige immaterielle Anlagen (2160); Investitionsausgaben

- 4.1. Aussiedlung Stadtbetriebe – Neubau Stadtbusdepot, Werkhof, Feuerwehr INV00710

4.2. Arealentwicklung Gaswerkstrasse, INV00715
Kürzung um 200'000 Franken

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Die Fraktion FDP hat den Antrag gestellt, die Rechnung der Stadtverwaltung sowie zusammenhängend die Entscheidung über den Steuerfuss zurückzuweisen. Da es sich bei einem Teilrückweisungsantrag ebenfalls um einen Ordnungsantrag handelt, werden wir diesen nun zuerst besprechen und darüber abstimmen.

Gemeinderat Roland Wetli (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Ich möchte zunächst vorausschicken, dass wir durchaus anerkennen, dass die FDP sich durch über 400 Seiten gekämpft, viele Sitzungen angesetzt und das Budget sehr intensiv durchberaten hat. Das finde ich, verdient auch Anerkennung. Mit dem Resultat sind wir allerdings nicht einverstanden.

Als Parlament haben wir die Budgethoheit, das ist sozusagen die Königsdisziplin unserer parlamentarischen Arbeit, und diese können wir gut oder eben weniger gut bewältigen. Budgethoheit bedeutet vor allem auch Budgetverantwortung. Wir haben als Parlament den Auftrag, bis Ende Jahr ein Budget zu beschliessen, damit die Stadt ihre Arbeit machen kann. Wenn wir mit der Budgetvorlage des Stadtrats nicht einverstanden sind, können wir das Budget abändern.

Ich anerkenne durchaus, dass wir ein Problem haben, nämlich im faktischen zeitlichen Ablauf des Budgetprozesses, aber da finde ich es auch ein bisschen falsch, wenn wir da einfach auf den Stadtrat verweisen. Wir hätten das als Parlament natürlich in der Hand, wir könnten eine Motion einreichen und den Budgetprozess anders strukturieren. Diese Kompetenz hätten wir. Wir müssen da nicht stand-by warten, bis eine Idee kommt. Aber ich würde das sicher unterstützen, dass der Budgetprozess anders aufgegleist werden muss, d. h. viel früher mit viel mehr Interventionsmöglichkeiten auch der GPKs, um diese Sparthemen danach konkret angehen zu können. Aber das ist etwas für die Zukunft, nicht für heute Abend, denn wir haben Mitte Dezember, es geht nicht mehr anders.

Wichtig ist mir noch, wir haben Zugriff auf jede einzelne Budgetposition. Jeder und jede einzelne von uns kann Anträge stellen. Die FDP hat ihre Forderungen an Einsparungen. Wenn ich richtig zusammen zähle, sind es 1.75 Mio. Franken, die Zahl war auch schon höher, sie war bei 2 Mio. Franken. Hier gibt es offenbar auch einen gewissen Spielraum. Die FDP bringt das heute Abend ein, ohne dass sie das Mittel von Änderungsanträgen in der heutigen Sitzung nutzen will. Warum die FDP von diesem Recht nicht Gebrauch macht und stattdessen das einfache Instrument der Rückweisung nutzt, ist nicht nachvollziehbar. Man könnte auch von Arbeitsverweigerung sprechen. Ich präzisiere das.

Die FDP Frauenfeld stellt seit Jahrzehnten, exakt seit 1970, den Finanzvorsteher, jeweils in Personalunion mit dem Stadtpräsidenten. Damit verfügt die FDP und insbesondere natürlich unsere FDP-Fraktion über eine grosse Nähe und Affinität zu Finanzthemen und hat natürlich auch die Möglichkeit, sich in ihren Fraktionssitzungen direkt mit ihrem Finanzvorsteher auszutauschen. Eine Möglichkeit, die wir anderen nicht in diesem Ausmass haben. Die FDP hätte somit nach unserer Auffassung in der Lage sein müssen, heute Abend in Form von Anträgen zum Budget konkrete Einsparungsvorschläge zu präsentieren. Wir finden zwar einige Vorschläge im Rückweisungsantrag, der grösste Brocken aber, das sind 800'000 Franken, ist quasi eine Blankorückweisung, dort soll der Stadtrat selber fündig werden. Ich denke, man kann daraus auch schliessen, dass es doch nicht so einfach ist, sinnvolle Einsparungsmöglichkeiten zu finden, dass man diesen grossen Brocken so unbearbeitet dastehen lässt. Und nur ganz kurz, das ist ja nicht das Thema: Bei den konkreten Einsparungsvorschlägen möchte ich nur zu zwei Punkten etwas sagen. Das betrifft diese Planungskosten Gaswerkstrasse und Outsourcing der Werkbetriebe in die Allmend. Von Beda Stähelin haben wir noch ein weiteres Thema gehört, den Murgbogen. Da finde ich schon, muss man vorsichtig sein. Das sind unsere ganz grossen Zukunftshoffnungen dieser Stadt. Das ist zum Beispiel der Murgbogen, aber auch das Areal an der Gaswerkstrasse, wo, wenn wir es geschickt anstellen, sehr spannende Nutzungen stattfinden können. Dass wir dort

jetzt die Planungskosten auf Null stellen, also gar nicht mehr mit dem Planen anfangen können, finde ich nicht richtig. Es wird uns irgendwann noch einholen, wenn wir nicht parat sind. Stichwort Murgbogen: Wenn dort die ersten Investoren antreten und wir keine planerischen Vorstellungen haben, wie das gehen soll, dann wird das eine ganz, ganz schwierige Situation. So viel zur Problematik der einzelnen Kürzungsanträge.

Ich denke, ein Verzicht auf die Rückweisung wäre für die FDP auch ohne Gesichtsverlust möglich gewesen, nachdem der Stadtrat die Medienmitteilung vom letzten Freitag veröffentlicht hat. Das kann man ja auch als ersten Etappenerfolg der FDP verbuchen, dass der Stadtrat so schnell ein sehr rigoroses Sparprogramm angekündigt hat – einfach, das ist richtig, mit einem Jahr Verspätung, nämlich für 2025.

Dann vielleicht noch eine Bemerkung nicht zum Inhalt dieser Medienmitteilung, aber es ist auch klar, da werden wir auch immer wieder überrascht und da wende ich mich vielleicht jetzt auch an unsere Vertreter im Grossen Rat. Da passieren Sachen auf Kantonsebene, die direkt auf uns durchschlagen. Ich erwähne zwei Sachen, das ist die neue Schuldenbremse, die der Regierungsrat ziemlich heimlich auf 1. Mai 2023 in Kraft gesetzt hat, die grosse Auswirkungen auf die Gemeinden hat. Ob das politisch auch wirklich diskutiert worden ist, da würde ich mal ein Fragezeichen setzen. Die zweite Aktion des Regierungsrats ist der Abschreibungssatz bei Strassen. Dort wurden wir offenbar auch einfach überrascht. Statt 40 % beträgt der Abschreibungssatz ab nächstem Jahr nur noch 25 % bei den Strassen. Sie können sich mal ausmalen, was das für unseren Haushalt bedeutet, dass diese Abschreibungssätze einfach so schnell mal verändert werden. Das ist das schöne Stichwort von Anders Stokholm, der von regulatorischen Geschichten spricht, die da auf uns herunterprasseln. Aber das können wir hier heute Abend nicht beeinflussen, das ist die kantonale Ebene.

Ich sage es nochmals, der gesetzliche Normalzustand ist ein beschlossenes Budget zu Beginn des Rechnungsjahres. Wenn wir das heute zurückweisen, dann müssen wir mit einem Notbudget operieren, das bedeutet eine massive Einbusse unserer finanziellen Handlungsfähigkeit. Das Notbudget wird voraussichtlich bis Grössenordnung Juni 2024 andauern. Die Konsequenzen sind gravierend. Vielleicht kommen dann kreative Ideen, wie man das beschleunigen kann, aber die möchte ich zuerst noch sehen. Denn selbstverständlich werden alle GPKs das neue Budget nochmals in der gewohnten Art und Weise durchberaten.

Ich erinnere an die kantonale Verordnung über das Rechnungswesen. Dort heisst es klipp und klar, es sind nur noch die notwendigen Ausgaben zulässig. Das heisst, es sind keine neuen Ausgaben mehr möglich, auch keine neuen Investitionen. Zulässig sind nur noch die Ausgaben, die es braucht für den ordnungsgemässen Gang der Verwaltung wie Löhne des Verwaltungspersonals, Mieten, Büromaterial für den laufenden Betrieb. Alle anderen Ausgaben, die ohne einen Schaden für die Stadt zu einem späteren Zeitpunkt getätigt werden können, sind zu verschieben, bis ein ordentliches Budget vorliegt. Ich nenne mal Weiterbildungskosten, Neuanschaffungen, Bevölkerungsanlässe und all diese Dinge. Die sind gestoppt. Die Rückweisung ist damit nach unserer Meinung eine schlechte Lösung, denn sie lähmt unsere Stadt und zwingt ihr ein Notbudget auf. Auch wenn eine Rückweisung selbstverständlich rechtlich zulässig ist, sollte sie sich auf absolute Ausnahmesituationen beschränken, d. h. auf finanzpolitische Notlagen. So weit sind wir heute Abend noch nicht, auch wenn die finanzpolitischen Aussichten zugegebenermassen nicht so rosig sind.

Die Auswirkungen eines Notbudgets sind gravierend und dürfen nicht schöngeredet werden. Das Notbudget ist eine Belastung für die Bevölkerung, das Gewerbe, die Vereine und für die Stadtverwaltung. Ich möchte das nur ganz kurz an einigen Beispielen präzisieren. Zu den Hauptbetroffenen der Rückweisung gehört das lokale Tiefbaugewerbe. Die Budgetkredite für Strassensanierungen sind gesperrt für alles, was nächstes Jahr neu losgeht. Es können keine neuen Aufgaben vergeben werden, ausser es bestünden Vertragsverpflichtungen aus Vorjahren, also bis Ende 2023. Zu diesen Auswirkungen habe ich heute Abend nichts gehört von der bürgerli-

chen Ratsseite, obwohl es hier um einen Vergabestopp in Millionenhöhe geht, bis allenfalls Mitte Jahr.

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Gemeinderat Roland Wetli, ich muss Sie an die Redezeit erinnern. Stellen Sie das Begehren, nochmals die Hälfte zu erhalten?

Gemeinderat Roland Wetli (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Nein höchstens noch 2 Minuten, dann bin ich fertig.

Wir sind beim Thema KMU steckengeblieben, dem Kernanliegen der FDP/SVP/Mitte. Da würde ich schon noch gern etwas dazu hören, wie sie das ihren Geweremitgliedern nahelegen, was das bedeutet.

Weiter gesperrt sind sämtliche Mittel für den Beizug von externen Beratern, Gutachtern, Fachexperten. Da haben wir übrigens auch in der Rückweisung einen Sparauftrag. Da möchte ich einfach zu bedenken geben, das trifft nicht nur die entsprechenden Anbieter oder Beraterkreise und Firmen, die diese Leistungen erbringen, das betrifft ganz schnell die Qualität der Entscheide unserer Stadt. Da muss man einmal ganz Klartext reden. Wenn die Stadt ohne Experten und ohne externes juristisches Wissen während einem halben Jahr arbeiten soll, dann habe ich gewisse Bedenken, was die Qualität von stadträtlichen Entscheiden und Beschlüssen betrifft, weil wir das Know-how eben einfach nicht überall intern in der Stadtverwaltung haben.

Dann private Leistungserbringer, von denen wir in der Stadt ganz viele haben. Es ist nicht nur die Stadt, die öffentliche Aufgaben erfüllt, es gibt ganz viele private. Das ist in den Bereichen Kultur, Kita und gemeinnützige Arbeit der Fall. Unter dem Regime des Notbudgets erhalten all diese privaten Akteure keine Beiträge mehr, weil all diese Beiträge an die Bedingung geknüpft sind, dass ein Budget verabschiedet ist. Ich beschränke mich hier mal auf die gemeinnützigen Vereine. Zum Beispiel der Beitrag an den Dachverband Freiwilligenarbeit, da geht es um 42'000 Franken, die sind gesperrt, ebenso die Beiträge an den Kurzdorftreff, die Nachbarschaftshilfe usw. Man könnte diese Liste sehr lange verlängern, all diese bekommen die Beiträge allenfalls erst viel später und rückwirkend. Das einverstanden, aber ich möchte dann sehen, ob alle so einfach über die Runden kommen, wenn es dann eben spät wird.

Für die Steuerzahler zum Beispiel, das Problem haben wir zum Glück jetzt in den Griff bekommen, das wurde korrekt formuliert, dass die Rückweisung gleichzeitig auch den Steuerfuss betrifft. Was heisst das? Es herrscht bis weit ins Jahr 2024 hinein Ungewissheit, wie hoch der Steuerfuss in der Stadt Frauenfeld ist und damit Ungewissheit, wie hoch die Steuerbelastung ausfällt. Der Versand von provisorischen Steuerrechnungen ist nicht möglich, solange kein Steuerfuss festgelegt ist. Das ist auch eine der praktischen Konsequenzen.

Nicht zuletzt denke ich an unsere Stadtverwaltung. Da wird eine unsinnige Bürokratie produziert. Die Stadtverwaltung muss sich bei jeder einzelnen Ausgabe überlegen, ob sie diese unter dem Notbudget tätigen darf. Diese Energie könnte man in der Stadtverwaltung auch gescheiter einsetzen.

Zusammenfassend: Eine Stadt, die mit Notbudget regiert, steckt im Krisenmodus und wirkt gegen aussen wenig vertrauenswürdig. Ich sehe hier auch einen nicht zu unterschätzenden Imageschaden für unsere Stadt. Und ein allerletztes Wort: Die Rückweisung taugt auch nicht, um ein Referendum und damit eine Volksabstimmung über das Budget abzuwenden. Es gibt keine Garantie, dass wenn wir im Frühling, im April, wie der Stadtrat es skizziert hat, über das Budget abstimmen, dass da nicht doch noch ein Referendum ergriffen wird. Es gibt nämlich zwei potenzielle Gruppen, die daran interessiert sein könnten. Diejenigen, die dann immer noch gegen den höheren Steuerfuss sein könnten, der dann vielleicht Teil des neuen Budgets ist. Und diejenigen, die von den Sparmassnahmen betroffen sind. Also für ein Referendum besteht dann auch noch

eine Option, und dann sind wir irgendwann im Herbst. Auch hier hilft die Rückweisung nicht wirklich weiter. Wir ersuchen euch deshalb, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Gemeinderat Ralf Frei (SP), Referent im Namen der Fraktion SP: Dieser Rückweisungsantrag ist ein Armutszeugnis der Frauenfelder FDP und aller, die ihn unterstützen. Mit dem Versuch, das Budget nochmals in eine Diskussionsrunde zu geben, spielen sich unsere vermeintlich liberalen Ratskolleginnen und Ratskollegen als Retter in der Not auf und verkennen dabei ganzheitlich, dass der bürgerliche Block mit seiner fehlgeleiteten Steuerpolitik die Stadt Frauenfeld überhaupt in diese Not gebracht hat. Nach einer Legislatur 4:1-Mehrheit und der Rückkehr zur 3:2-Mehrheit im Stadtrat, die eben immer noch eine Mehrheit ist, soll die Bevölkerung nun die Zeche dafür zahlen, dass ihr euch lieber gegenseitig ans Bein seicht. Anstatt die Verantwortung für das bürgerliche Fehlverhalten zu übernehmen und das Budget mit Streichungsanträgen ins Gleichgewicht zu bringen, wählt ihr mit der Rückweisung aber den billigsten aller Wege mit einer Argumentation, die an Scheinheiligkeit und Heuchelei kaum zu überbieten ist. Ihr glaubt ja, den Weg aus der Misere gefunden zu haben. Warum soll dann eine Rückweisung nötig sein? Warum lässt ihr bürgerlichen Powerplayer nicht einfach mal die Muskeln spielen und streicht heraus, was euch nicht passt? Wollt ihr euch in diesem wichtigen Geschäft allen Ernstes lieber profilieren als Verantwortung übernehmen? Die Antwort ist klar, denn die FDP schickt das Budget lieber zurück zum Stadtrat, in dem Vertreter aus ihren eigenen Reihen augenscheinlich eine sehr grosse Rolle spielen. Wie die beiden FDP-Vertreter und insbesondere der Stadtpräsident hier gerade von ihrer eigenen Partei vorgeführt werden, wäre Stoff für ein ordentliches Bühnendrama mit allem Drum und Dran. Aber leider geht es hier um einiges mehr als nur um Unterhaltung.

Wir hätten ja gern die Hand zum Kompromiss gereicht. Aber stellen Sie sich mal vor, die Entscheidung zur Rückweisung wurde nicht nur vor der letzten GPK-Sitzung gefällt, sie wurde sogar bereits öffentlich gemacht, und die anderen bürgerlichen Parteien liessen sich, wie geeint auch immer, von der FDP auch noch vor den Karren spannen. Konstruktive Politik ist definitiv etwas komplett Anderes. Solche Spiele machen wir nicht mit. Ich bitte Sie daher alle, diese Rückweisung abzulehnen und die FDP ihre internen Querelen auch intern lösen zu lassen.

Gemeinderätin Karin Gubler (CH), Referentin im eigenen Namen: Gewisse Ratsmitglieder wollen eine Rückweisung des Budgets bewirken, obwohl die betreffenden Parteien die Mehrheit der Exekutive stellen, welche dieses Budget vorlegt und obwohl in den GPKs und im Rat die Möglichkeit besteht, dass Budget nicht einfach durchzuwinken, wie gesagt wurde, sondern mittels Anträgen zu ändern.

Wir haben es gehört, die grössten Hebel sind die Einnahmen, also unsere Steuern und die Höhe und Kadenz der Investitionen. Nun soll das Budget unter anderem mit pauschalem, allgemeinem Sparauftrag zurückgewiesen werden. Was bedeutet das? Für unsere Stadt, dass sie keine ungebundenen und neuen Ausgaben tätigen darf ohne genehmigtes Budget, dass sie keine Leistungsvereinbarungen mit dem Passus «vorbehaltlich der Zustimmung von Stadtrat und Gemeinderat zum Budget» einhalten darf. Die Folge ist nebst dem Rückstau von Investitionen und sinnvollen neuen Ausgaben somit auch, dass die von der Stadt subventionierten Kitas für Kitaplätze für einkommensschwächere Familien die entsprechenden Gelder nicht erhalten. Ebenso, wir haben es gehört, der Dachverband für Freiwilligenarbeit, die Nachbarschaftshilfe, der Kurzdorf-treff und viele weitere gesellschaftlich sehr relevante Organisationen, da diese eine solche Leistungsvereinbarung haben. Auch in der Kultur ist dies weit verbreitet. Vereine mit Leistungsvereinbarungen können ihre Beiträge somit erst erhalten, wenn ein abgeseignetes Budget vorliegt und das könnte, wenn es zur Rückweisung kommt, frühestens im April, gegebenenfalls aber, wenn es zu weiteren Vorstössen kommt, erst im Sommer oder gar Herbst der Fall sein. Vereine ohne grosses Sparbuch kommen so massiv unter Druck, und viele Veranstaltungen sind gefährdet oder werden abgesagt werden müssen. Einmalige Beiträge für CD-Produktionen oder kleinere Veranstaltungen können gemäss Auskunft der Verwaltung ebenfalls erst nach der Genehmigung des Budgets gesprochen werden. Festivals wie «Out in the green Garden» oder «Musig i

dä Stadt» stehen ohne Planungssicherheit da und können kaum sinnvoll geplant werden. Gerade heute wurde mir von Vereinen berichtet, dass gegebenenfalls sogar Stellen gekündigt werden müssen, da sie ohne diese Planungssicherheit nicht gehalten werden können.

Nicht zuletzt möchte ich darauf hinweisen, dass immer wieder vergessen geht, dass kulturelle Veranstaltungen auch zusätzliche Wertschöpfung generieren. Basel hat gerade anhand von Konzertbesuchen eine Studie durchgeführt. Abgesehen von Ticketeinkäufen werden im Durchschnitt von jeder Besucherin und jedem Besucher zusätzlich 112 Franken ausgegeben. Nun gut, wir sind nicht Basel. Aber auch wenn die Kulturbesucherinnen und Kulturbesucher in Frauenfeld nur gerade die Hälfte ausgeben, sind das 56 Franken pro Person, dann ist das beachtlich. Nur schon die beiden genannten Festivals zusammen erreichen jährlich über 4000 Besucher und Besucherinnen. Das ist somit eine zusätzliche Wertschöpfung von über 230'000 Franken, welche in Frauenfeld für Essen, Trinken, Übernachten, Busfahren und weitere Zusatzkäufe ausgegeben werden. In Frauenfeld finden pro Jahr rund 2000 Kulturveranstaltungen statt. Werden diese Events im Schnitt von etwa 50 Personen besucht, wäre dies also eine Wertschöpfung von rund 5.5 Mio. Franken für Gastronomie, Hotellerie und Gewerbe. Bei einer Rückweisung wird eine sehr viel kleinere Anzahl Events durchgeführt werden können, was logischerweise nicht nur einen ideellen, sondern auch finanziellen Verlust für unsere Stadt bedeutet. Welche Konsequenzen ein solcher Entscheid für die Motivation der vielen, grösstenteils ehrenamtlichen Kulturmöglicherinnen und sozial aktiven Menschen in unserer Stadt hat, brauche ich wohl nicht auch noch auszuführen.

Kurz, eine attraktive, lebendige Stadt braucht KITAS und sie braucht Kultur. Und dafür braucht es ein genehmigtes Budget. Ich bitte Sie, den Antrag der FDP auf Rückweisung abzulehnen.

Gemeinderat Christoph Tobler (SP), Referent im eigenen Namen: Wir haben nun von Roland Wetli die rechtlichen und praktischen Ausführungen zu einer allfälligen Rückweisung gehört. Von meinem geschätzten Parteikollegen Ralf Frei haben wir in aller Deutlichkeit gehört, was wir von eurem Vorgehen halten und wie das ankommt. Das meiste ist gesagt, ich halte mich kurz, möchte aber meine Ergänzung doch deponiert haben.

Für mich sind die Überlegungen der FDP und der bürgerlichen Parteien in ganzen Teilen nachvollziehbar. Wir wollen mittel- und langfristig als Stadt handlungsfähig bleiben, investieren und Frauenfeld weiterbringen. Dazu sind verschiedene Massnahmen nötig. Die Ausgaben müssen in den Griff gebracht werden – kein Giesskannenprinzip mehr. Die Einnahmen müssen so erhöht werden, dass wir Investitionen tätigen und nötige Entwicklungen vorantreiben können – keine populistischen Spielereien mit dem Steuerfuss mehr. Die Investitionen müssen priorisiert werden – kein Wunschkonzert mehr.

Was der Stadtrat und die dominante bürgerliche Mehrheit in den letzten Jahren geboten haben, war offensichtlich nicht genügend. Bei Weitem nicht. Die letzten Jahre waren finanzpolitisch nicht nachhaltig, ohne spürbaren langfristigen Investitionsplan und scheinbar ohne die Verwaltung im Griff zu haben. Deshalb stehen wir heute hier und jetzt an diesem Punkt. Ich verstehe daher auch die Frustration der FDP und der bürgerlichen Mehrheit ob der fehlenden Planung und Weitsicht. Wirklich, ich verstehe das. Aber Stichworte Planen, Weitsicht, Mehrheit – ich sage euch gern, wie das für mich und viele Aussenstehende wirkt. Ein FDP-Stadtpräsident, ein FDP-Stadtrat komplett uneinig und immer wieder und wieder im Widerspruch mit der eigenen Fraktion. Die Mitte hinterlässt uns das AZP als riesige Baustelle, die SVP hat nicht wirklich einen Plan im Baudepartement. Das haben uns die letzten vier Jahre eingebracht. Also ich verstehe euch, wenn ihr nicht happy seid mit dem Budget und findet, der Stadtrat hat weder den Durchblick noch den Plan. Aber das sind eure Leute, eure Baustellen.

Nun, wir alle dürfen das jetzt ausbaden. Es ist, wie es ist. Es ist aus meiner Sicht aber auch Zeit, konstruktiv voranzugehen. Was wäre konstruktiv? Konstruktiv wäre es eben, das Budget nicht zurückzuweisen, nicht den einfachsten Weg zu nehmen. Konstruktiv wäre es, zielführend die

Ausgaben zu kürzen, wo diese ausufern. Konstruktiv wäre es, die Steuern in einem gesunden und nachhaltigen Mass anzuheben. Konstruktiv wäre es, heute die Stunden, die es dafür eben braucht, hier abzusetzen und unsere Arbeit zu machen. Konstruktiv wäre es, heute den nächsten Schritt zu gehen und die Stadt finanzpolitisch nachhaltig auszurichten und das nicht eben einfach wieder zu verschieben. Damit wir auch künftig handlungsfähig bleiben, damit wir gestalten können für ein lebenswertes und attraktives Frauenfeld. Wir werden daher wie erwähnt eine Rückweisung konsequent ablehnen. Einen Teil der Streichungsanträge werden ich und auch ein Teil der Fraktion in der materiellen Beratung absichtlich unterstützen.

Gemeinderat Roland Wyss (EVP), Referent im eigenen Namen: Ich muss jetzt zu einigen Sachen noch kurz Stellung nehmen, ich beginne mit: Die EVP stellt keinen Stadtrat im Gegensatz zur CH und zur SP. Also auch ihr seid in der Pflicht.

Was ist wessen Aufgabe? Die Aufgabe des Stadtrats ist es, ein Budget zu erstellen. Die Aufgabe des Gemeinderats ist es, dieses zu genehmigen. Nur das, was wir mit vielen Anträgen, die wir heute schon gehört haben, machen müssen ist, das Budget zu bearbeiten und neu zu erstellen. Weshalb haben wir denn einen solchen Ordner bekommen? Ich sehe beim besten Willen auch aus alten Protokollen der GPKs nicht, dass in deren Beratungen ein Sparwille vorhanden ist. Entschuldigen Sie mich, aber ich kann nicht in eineinhalb Jahren hier stehen und die Antwort des Stadtrats entgegennehmen bei der Rechnungssitzung 2024, das haben Sie ja so gewollt. Das mache ich nicht.

Gemeinderätin Kathrin Widmer Gubler (FDP), Referentin im eigenen Namen: Christoph Tobler, herzlichen Dank für deine Ausführungen, mit denen stimme ich total überein bis zur Schlussfolgerung. Ich nehme Bezug auf Roland Wyss, was ist wessen Aufgabe: Ich erwarte, dass die Exekutive ein Budget vorlegt, das realistisch ist, das Einsparungen macht. Es kann doch nicht sein, dass das Parlament jetzt kontowise Streichungen vornimmt.

Zu Roland Wetli möchte ich sagen, wir haben unsere Hausaufgaben gemacht, wir werden, falls die Rückweisung nicht durchkommt, 58 Anträge stellen. Ich danke allen, die unseren Rückweisungsantrag unterstützen.

Gemeinderat René Gubler (SVP), Referent im eigenen Namen: Ich finde es doch etwas billig von Linksrün, uns so zu diffamieren. Seit Jahren wird der Sparwille vermisst. Wenn wir Einzelanträge stellen, ist es nie am richtigen Ort, also bleibt nur der Weg der Rückweisung. Die Medienmitteilung des Stadtrats verschweigt, dass für ein Gleichgewicht ein Plus 10 % Steuerfuss resultiert. 7 Mio. Franken mehr Steuereinnahmen, wenn ich richtig rechnen kann, sind 10 Steuerprozent und dann sind wir über 70 % bei den jetzigen Parametern. Mit dem Notbudget lassen wir uns nicht erpressen, da dadurch jeder Ausgabeposten vertieft angeschaut wird. Und auch bei der neuen Budgetierung könnte man etwas Tempo vorlegen.

Gemeinderat Stefan Vontobel (FDP), Referent im eigenen Namen: Ich möchte diese Debatte nicht weiter verlängern, aber ich finde, die vorgebrachten Punkte kratzen schon ein wenig am Punkt der Unanständigkeit. Von Arbeitsverweigerung war die Rede. Nein, Kollege Wetli, so ist es nicht. Kollegin Kathrin Widmer Gubler hat es vorhin gesagt, wir haben 58 Einzelanträge vorbereitet, aber das soll nicht das Ziel sein. Es ist die Aufgabe, wie es bereits Roland Wyss gesagt hat, über das Budget zu bestimmen. Zu Kollege Ralf Frei muss ich sagen, Komödie ja, da bist du vielleicht derjenige, der hier drin am meisten Komödie betrieben hat. Wir machen sicher keine Komödien. Dann zum Spruch von links, es sei der FDP überlassen, der FDP-Stadtrat etc.: Wir sagen immer, es ist der Stadtrat, und der Stadtrat bestand immer aus einem SP-Vertreter, bestand in der Vergangenheit aus einem CH-Vertreter, ausser in den letzten vier Jahren. Und wenn Sie jetzt anfangen, auf einzelnen Mitgliedern herumzuhacken und zu glauben, das sei die richtige Taktik, das ist richtige Parteipolemik, wo ich sagen muss, schade machen Sie das. Lassen Sie uns hier gemeinsam etwas tun für die Zukunft und nicht anfangen, links-rechts die alte Leier abzuführen. Wir wissen, es ist ein Notbudget. Zur Erinnerung: 2015 gab es diese Situation be-

reits schon. Glauben Sie mir, wir haben uns diese Gedanken gemacht, denn so viel Verantwortung übernehmen wir, haben wir auch in der Vergangenheit gemacht.

Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im eigenen Namen: Es wurde unter anderem das Thema Steuersenkung angesprochen. Ich möchte mir nicht nehmen lassen, dazu Stellung zu nehmen, weil die Rückweisung auch einer Beendigung dieser Diskussion gleichkommen würde. Da möchte ich noch einmal darauf hinweisen.

1. Wir haben auf die Sitzung hin gesehen, Budget und Steuern sind nicht voneinander trennbar. Das ist von sich aus schon ein Fakt.
2. Wir haben 2011 die berühmte und viel zitierte eine Steuersenkung zu viel gehabt. Dazu gibt es Meinungen, wahrscheinlich kennen Sie meine. Seither wird jedes Jahr darüber debattiert, wie denn dieses Budget ausschaue, es wird jedes Jahr diese lustige Kurve gezeigt, die ganz, ganz schlimm aussieht und bisher nicht eingetreten ist. Am 3. November 2021 erschien in unserer illustren Zeitung, der Thurgauer Zeitung, von einem Journalisten, der auch hier im Rat sitzt, nun in anderer Funktion, der Kommentar, dass vielleicht jetzt das Steuerparadies vorbei ist und das Budget 2024, also das Budget, welches wir beraten, wohl eine Steuerfusserhöhung um 5 % enthalten werde. Wir haben letztes Jahr die Steuererhöhung nicht wie angedacht durchgeführt, wir haben offensichtlich in diesem Rat auch Leute, die der Meinung sind, auch jetzt müsste das nicht der Fall sein. Wir sind uns trotzdem irgendwie einig, dass es aktuell nicht aufgeht.

Wir können schon über eine Rückweisung debattieren. Es ist nicht alles negativ, wir haben es auch gesagt, es gibt eine grosse Hochachtung zumindest von meiner Seite und auch von einigen von der restlichen linken Seite für die Arbeit, die die FDP hier getan hat, vielleicht auch andere. Aber was nicht sein kann, wir haben vorhin über den Zeitplan gesprochen. Es kann nicht sein, dass wir jetzt darüber debattieren, ein Budget zurückzuweisen und dann in vier Monaten möglicherweise noch einmal über die Steuern zu debattieren. Entschuldigung, da löscht es bei mir ab. Ich kann es nicht anders sagen.

Stadträtin Andrea Hofmann Kolb (CH): Ich habe am letzten Montag in der GPK-Sitzung zum Thema Bericht über die Realisierung der Richtplanung gesagt, dass es wichtig sei, die Stadtentwicklung vorausschauend zu koordinieren und zu planen. Ich habe auch gesagt, dass die besten Planungen nichts nützen, wenn die weiteren Realisierungsschritte nicht folgen. Damit eine zukunftsweisende Stadtentwicklung, verbunden mit finanziellen Einnahmemöglichkeiten für die Stadt möglich ist, müssen Mittel und Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Eine Stadt kann nicht auf Eis gelegt werden, die Stadtentwicklung auch nicht. Was geschieht, wenn während 20 Jahren Steuern gesenkt werden und nicht investiert wird, das sehen wir jetzt. Grosse Projekte wie Aussiedlung Stadtbetriebe, Werkhof, Stadtbusdepot und Feuerwehr, Casino, Stadtsaal, Entwicklung Gaswerkstrasse, Sanierung und Neubau AZP, aber auch Sanierungsprojekte bei städtischen Liegenschaften stehen an.

Zur Streichung von je 100'000 Franken bei Aussiedlung Stadtbetriebe und Arealüberbauung Gaswerkstrasse: 2025 ist eine Botschaft an den Gemeinderat und eine Volksabstimmung zum Landkauf und dem Bauprojekt der Römerstrasse erste Etappe mit Projektierungskosten für die Hochbauten Stadtbusdepot, Werkhof und Feuerwehr geplant. Zur Vorbereitung von Botschaft und Volksabstimmung sind diverse Abklärungen nötig, um möglichst fundierte Aussagen machen zu können. Ohne Budget für 2024 muss entweder die Botschaft mit allen Abklärungen mit knappen internen personellen Ressourcen erarbeitet werden oder die Projektplanung muss um mindestens ein Jahr verschoben werden. Wird eine interne Erarbeitung von Botschaft und den dazugehörigen Abklärungen gewünscht, ist eine Ressourcenplanung notwendig, und es muss eine Abwägung gemacht werden, welche Projekte bzw. gesetzlichen Aufgaben wichtiger sind und Priorität haben sollen.

Was würde eine Verschiebung des Projekts Aussiedlung Stadtbetriebe mit sich bringen? Die Vorverkaufsrechte für das Land für den neuen Werkhof und das Stadtbusdepot laufen Ende 2026 aus. Bis dahin muss eine Volksabstimmung stattgefunden haben, die eine Einarbeitungszeit von

mindestens eineinhalb Jahren ab Projektstart braucht. Wird erst 2025 mit der Arbeit begonnen, besteht das Risiko, dass diese Frist nicht eingehalten werden kann. Ohne die Landsicherung werden die Stadtbetriebe am jetzigen Standort bleiben. Eine zeitliche Verschiebung des Projekts würde zur Folge haben, dass sofort mit Planungen für den Ersatz des Stadtbusdepots am bestehenden Ort begonnen werden müssten. Es müssten kostenintensive Sanierungen und Erweiterungen an den bestehenden Bauten und Anlagen eingeleitet werden. Erwähnt seien hier der Ausbau für die Elektrifizierung der Stadtbusse und des Fahrzeugparks Werkhof und Stadtgrün oder die Abstellanlage für Stadtbusse. Bleiben die Stadtbetriebe am bestehenden Ort, können dort keine Erträge aus der Entwicklung der Gaswerkstrasse erwirtschaftet werden, die die Nettoinvestitionen deutlich senken könnten.

Der Inwertsetzung des Gaswerkareals wird eine grosse Bedeutung zugemessen. Die innere Entwicklung mit hochwertigen Wohnungen plus eventuell Gewerbeflächen generiert finanzielle Einnahmemöglichkeiten. Mit einem baureifen Projekt können wesentlich höhere Erträge beim Verkauf erzielt werden als mit einem Gestaltungsplanprojekt. Die höheren Investitionen könnten um ein Vielfaches wieder eingenommen werden.

Zur Stadtkaserne: Aktuell stehen beim Amt für Hochbau und Stadtplanung 150 Stellenprozent für Projektierung und Bau der städtischen Hochbauprojekte zur Verfügung. Ein Projekt wie die Stadtkaserne in der Grössenordnung von 75-90 Mio. Franken benötigt eine professionelle Begleitung und ausreichend personelle Ressourcen. Ein solches Projekt kann nicht nebenbei gemacht werden. Die baulichen Massnahmen sind zu konzipieren, zu planen, zu projektieren und umzusetzen. Ohne stadtinternes Know-how und interne Ressourcen ist ein Bezug durch externe Mietende in nützlicher Frist gefährdet. Die baulichen Gegebenheiten zeigen, dass jetzt Know-how und Ressourcen vorhanden sein müssen. Ohne interne Ressourcen braucht es wesentlich mehr finanzielle Aufwände für Honorare an externe Berater, Gutachter und Fachexperten.

Werden bei der Position Honorare externe Berater, Gutachter und Fachexperten Einsparungen gemacht, wird die Flexibilität der Verwaltung eingeschränkt. Zusätzliche Arbeiten müssten intern erfolgen. Falls die Expertise intern nicht vorhanden ist, müssten Zusatzkredite geholt werden, was mit einem entsprechenden finanziellen Aufwand verbunden ist.

Und zum Schluss noch dies: Ich habe im Verlauf des letzten halben Jahres mehrere Male darauf hingewiesen, dass im DBV die vakanten Stellen besetzt werden konnten. Dies hatte zur Folge, dass einige Arbeitsplätze neu eingerichtet oder erneuert werden mussten, da sie nicht oder ungenügend möbliert waren oder nicht mehr den aktuellen Anforderungen entsprachen. Genannt seien hier Arbeitsplatzbeleuchtungen, fehlende Schränke oder Ablagen. Um die Kosten tiefzuhalten, wurden Secondhand-Möbel bei einem Händler in Mülheim beschafft.

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Ich spreche unabhängig von Parteipolitik ganz sachlich im Namen von Freizeit und Sport zur geplanten Rückweisung des Budgets resp. deren möglichen Konsequenzen für unser Amt. Grundsätzlich hat das Amt für Freizeit und Sport (AFS) keinen oder fast keinen gesetzlichen Auftrag, insofern müssten wir über den weiteren Betrieb unserer Anlagen künftig diskutieren. Wir haben verschiedene Aufträge vom Gemeinderat oder vom Volk abgeholt wie zum Beispiel bei der Schlossbadi oder beim Murg-Auen-Park, aber über den Umfang des Angebots und die Dauer der jeweiligen Leistungen müssten wir sicher künftig diskutieren. Konkrete Beispiele im Fall einer Rückweisung in unserem Bereich wären die geplante Sportlerehrung, die Ende März stattfände, abzusagen, der Beitrag für Vereinsjugendarbeit könnte nicht gesprochen werden und interne Leistungen zum Beispiel für den Bechtelistag oder den Fasnachtsumzug könnten nicht erbracht werden, weil diese bei uns verbucht würden. Unterstützungsbeiträge würden wegfallen oder gekürzt.

Zu den konkreten Anträgen der Rückweisung: Ein Antrag betrifft die Kontogruppe 3120. Dazu möchte ich Folgendes sagen, wir haben es bereits in der GPK gesagt: Unser Amtsleiter verfügt über einen sehr kleinen Stab an Fachleuten. Die wenigen Mitarbeitenden im Amt bearbeiten

neben dem Tagesgeschäft auch kleine Projekte. Jetzt stehen spezifische Projekte an, was Kapazitäten und zusätzliche externe Unterstützung benötigt. Wir möchten nicht stillstehen. Die 30 Stellenprocente, die beantragt sind, dienen beispielsweise der Weiterentwicklung des Gesamtkonzepts. Die Stellenprocente sind nicht für Führung, sondern für administrative Arbeiten vorgesehen, und diese Aufgaben können beim besten Willen nicht einfach im Amt verteilt werden. Oder soll ein Eismeister oder ein Bühnenwart im Casino während seiner Arbeit Administrations- und Konzeptarbeit erledigen? Deshalb plädiere ich mit Blick auf die Entwicklung für diese personelle Unterstützung und lade Sie auch gleichzeitig gerne zu einer Information in unserem Amt ein.

Zum Sachaufwand möchte ich sagen, das ist der Fluch der dritten Generation. Die erste Generation schaffte das Vermögen, die zweite verwaltete es und die dritte Generation zehrt jetzt möglichst lange davon. Bei der heutigen Finanzlage legitim, aber wenn wir das erschaffene Vermögen auf unsere Anlagen beziehen, dann gehören wir heute in Frauenfeld definitiv der Generation Nachverwaltern an. Wir müssen uns heute ernsthaft um den Erhalt und die Weiterentwicklung aus Bestand erste Generation sorgen, damit wir unserer Gesellschaft etwas bieten und weiterhin einen Standortvorteil behalten können. Dies können wir aber nicht nur stadtintern lösen, weil gerade unser Amt sehr klein aufgestellt ist und wir deshalb auf externe Unterstützung angewiesen sind. Würde aber substanziell im Amt weggestrichen, dann verwalten wir künftig wieder unsere Anlagen.

Zu den allgemeinen Kürzungen: Wir könnten einerseits die Gebühren erhöhen und uns überlegen, wie stark wir diese erhöhen können, ohne die Vereine zu hart zu treffen. Bei den Ausgaben sind wir für den Betrieb der heutigen Infrastruktur personell, aber auch beim Verbrauchsmaterial und Unterhalt bei den von der Öffentlichkeit erwarteten Leistungen an der untersten Limite. Eine Kürzung mit Leistungsabbau wären auch gekürzte Öffnungszeiten unserer Anlagen. Aber selbstverständlich sind wir auch für unkonventionelle Ideen zu haben. Erlauben Sie mir in der ohnehin ersten Debatte den nicht ganz ernst gemeinten Vorschlag einer Kontingentierung von Hygienepapier pro Gast oder aber die weniger humorvolle Diskussion, welche Anlage wir als erste schliessen müssen, denn dies würde substanziell sparen. Diesem Prozess, welche Anlage es als erste treffen soll, schaue ich mit grösstem Respekt entgegen.

Stadträtin Regine Siegenthaler (Die Mitte): Lassen Sie mich aus Sicht des Amts für Alter und Gesundheit exemplarisch drei Beispiele nennen, die betroffen sind, wenn wir in den ersten Monaten 2024 ohne Budget arbeiten müssen.

1. Beiträge an private Organisationen wie Dachverband Freiwilligenarbeit, Nachbarschaftshilfe, Digitalisierungstreff: Das sind Organisationen, die in Frauenfeld Menschen unterstützen und Lebensumstände verbessern. Gerade für ältere Menschen sind wir auf diese Angebote namentlich im Quartier angewiesen. Nur mit ihnen gelingt ambulant vor stationär. Denken Sie daran, mit jedem Monat, wo ambulant vor stationär greift und ein Heimeintritt verzögert wird, sparen wir viel Geld. Beiträge für solche privaten Organisationen stehen unter den Budgetvorbehalt. Wir gehen davon aus, dass die Polster bei diesen Organisationen in der Regel nur zwischen drei und sechs Monaten reichen werden.
2. Wo wir im Bereich Alter und Gesundheit gestalten und uns weiterentwickeln wollen, werden wir vielfach ungebundene Leistungen benötigen, etwa Kosten und externe Unterstützung im Rahmen von Projekten. Betroffen sind die Legislatorschwerpunkte meines Departements Wohnen im Alter mit Unterstützung und die Förderung einer ausreichenden hausärztlichen Grundversorgung. Ohne Budget werden wir hier blockiert sein. Speziell erwähnen möchte ich das Projekt Betriebliches Gesundheitsmanagement. So wird die Stadt mit der Entwicklung eines Absenzenmanagements Kosten einsparen, die Langzeitabwesenheiten beim Personal heute in grossem Mass verursachen. Es wäre bedauerlich, wenn wir hier nicht vorwärtskommen könnten.
3. Veranstaltungen: Für die Organisation traditioneller Anlässe werden wir ohne Budget keine Aufwendungen machen können. Im ersten halben Jahr vor allem die Feier für Neupensionierte wäre betroffen und wohl auch nicht durchführbar. Danach auch der inter-

nationale Tag der älteren Menschen und das Freiwilligenfest. Veranstaltungen sind zentral, damit die Menschen unsere Fachstelle und die bestehenden Angebote, etwa um das Alter gut zu gestalten, sehen und kennen. Ein Verzicht wäre schwierig.

Lassen Sie mich ebenfalls ein paar Worte zu den Eckpunkten des Rückweisungsantrags sagen. Es sind eigentlich die gleichen Themen.

Büromöbel: Budgetierte Beiträge in diesem Bereich betreffen bei mir zum grössten Teil die Abteilung Krankenkasse und AHV, und dort geht es um die Umgestaltung des Schalters, damit mehr Diskretion erreicht werden kann. Bei der Weiterentwicklung unserer Angebote sind wir punktuell auf spezifisches Know-how von externen Fachpersonen angewiesen. Es ist schwierig, in diesem Bereich zu sparen, zumal wir moderat budgetiert haben und daneben wirklich vieles selber machen.

Wichtig ist auch unsere Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements. Es würde schmerzen, hier herunterzufahren. Freiwilligenarbeit funktioniert heute nur mit einem sogenannten professionellen Kern. In ausgewählten Fällen soll die öffentliche Hand diesen mitfinanzieren, insbesondere wenn es schwierig ist, bei Stiftungen und dergleichen Mittel zu erhalten. In meinem Departement haben wir im Übrigen ganze Gliederungsebenen mit sehr hohen Beträgen, die gebunden sind, da ein gesetzlicher Auftrag etwa im kantonalen Gesundheitsgesetz besteht. Über weite Strecken gibt es hier auch wenig Entscheidungsspielraum. Sie finden diese Gliederungsebenen ab Seite 188 des Budgets, ich nenne sie kurz. Krankenkasse und AHV mit Prämienverbilligung und Übernahmen von Prämienausständen, alle Beiträge für ambulante Betreuung für Krankheit und Alter (zusammengefasst unter dem Stichwort Spitex), Beiträge für stationäre Betreuung, Gesundheitsförderung und Prävention. Wie wir einsparen sollten – entschuldigen Sie mich –, ist mir schleierhaft. Im Gegenteil, hier werden wir in den kommenden Budgets die Aufwände steigen sehen. Es gibt kaum Hebel, wo wir als Stadt ansetzen könnten, höchstens wie oben genannt mit flankierenden Massnahmen zum Beispiel bei Gemeinnützigem.

Stadträtin Barbara Dätwyler Weber (SP): Was bedeuten Ihre Sparaufträge aus dem Rückweisungsantrag für mein Departement Gesellschaft und Soziales? Ich kann nur den Kopf schütteln.

Konto 3110.00 Büromöbel und -geräte: Diesen Auftrag nehme ich zur Kenntnis.

Konto 3132.00 Honorare Dritte: Ich hoffe, Sie haben sich schon auch erkundigt, was dahintersteckt. Ich möchte es kurz ausführen. Für meine beiden Ämter gilt im Moment – und zwar besteht hier ein Commitment von Amtsleitungen bis hinunter zu den Schaltermitarbeitenden –, Prozesse, Abläufe, Strukturen müssen effizienter werden. Es fehlt in unseren Häusern an Arbeitsplätzen, obwohl Home-Office und Desksharing umgesetzt werden. Deshalb ist Organisationsentwicklung angedacht und budgetiert. Eine externe Begleitung ist vonnöten, denn neben dem Alltagsgeschäft ist dies nicht effizient möglich. Der gestartete Prozess im Amt für Gesellschaft und Integration wird nun unterbrochen und sehr deutlich verlangsamt.

Im Amt für Soziale Dienste verbirgt sich hinter diesem Konto Dolmetscher, Anwälte, Unterhaltsverträge, der Vertrauenszahnarzt, Dossierprüfung durch Externe, freiwillige finanzielle Verwaltungen – übrigens eine von Ihnen eingesetzte Rechnungsprüfungskommission hat dies verlangt sowie auch unsere externe Revisionsstelle – und Supervisionen für meine Teams. Würde die Sozialhilfe nicht genügend über Rechte und Pflichten informieren, sind die Auswirkungen sehr teuer und erhöhen die Sozialhilfekosten massiv, welche ja, wie Sie gesehen haben, im Budget sowieso schon angestiegen sind wie verrückt. Auch wenn es zum Beispiel nur ein Fall ist, der vor Gericht kommt, das schränkt ein. Und da werde ich zahlen müssen.

Im Amt für Gesellschaft und Integration haben Sie mir mit Beschluss vom Gemeinderat am 13. November 2019 mit der Botschaft Nr. 6 den Auftrag gegeben, die aufsuchende Elternarbeit, ausgeführt durch die Firma Zeppelin, somit ein gesetzlicher Auftrag, und damit die Präventions-

massnahmen zur frühen Förderung umzusetzen. Zurzeit sind in diesem Programm 11 Familien, eine ist in Abklärung. Pro Platz kostet uns dies 8'100 Franken pro Jahr statt pro Monat für jedes Kind bei einer Anordnung von KESB-Massnahmen. Massnahmen aus dem UNICEF-Massnahmenplan wie das angedachte Familienzentrum, das Leitbild Kinder- und Jugendpolitik sind natürlich in Planung, da wir da schon länger dran sind und Sie werfen uns damit in der Planung wahnsinnig zurück.

Zusammengefasst: Ich sehe hier kaum Einsparungspotenzial, ausser der Gemeinderat übernimmt dann auch die Verantwortung für die höheren Folgekosten, die sich daraus ergeben.

Weitere Kosten nach Gusto des Stadtrats. Per se finde ich diese Aufgabe sehr schwierig, denn ohne eine Einbusse im Angebot, welches Sie nicht definieren, aber ich dann muss, finde ich doch schon etwas speziell.

Amt für Soziale Dienste: Ich hoffe, Sie wissen, dass es gesetzliche Vorgaben gibt. Für die Berufsbeistandschaft, die Sozialhilfe und Asyl, es gibt Aufträge bei den Alimenten. Alles ist gesetzlich geregelt. Natürlich kann ich Weiterbildungen meines Personals zusammenstreichen und keine Massnahmen zur Wertschätzung wie ein bescheidener, wirklich sehr bescheidener Weihnachtsapéro mehr veranstalten. Aber ist das zielführend, um ausgerechnet in einem Amt wie dem Amt für Soziale Dienste, welches sehr belastete Personalressourcen und steigende Fallzahlen hat, hier ein Zeichen zu setzen? Ich glaube nicht.

Im Amt für Gesellschaft und Integration habe ich den Auftrag durch den Kanton, ein Angebot der Deutschkurse anzubieten. Es ist gegenfinanziert inkl. dem Personal. Es gibt einen Integrationsauftrag für alle, das ist eine Verbundaufgabe von Bund, Kanton und Gemeinde. Jeder Asylsuchende ist dazu verpflichtet, auch wenn ich ihn in der Sozialhilfe habe, muss ich das zahlen. Wenn das von uns nicht erbracht wird und wir hier eine kleine, weniger hohe Gebühr für Frauenfelder Asylsuchende geben können, dann wird es halt von Externen gemacht. Ich weiss nicht, zahlen Sie es lieber der Migros-Clubsschule als privaten Anbieter oder wirtschaften wir lieber in unsere eigene Tasche? Entsprechend auch hier: Die Sozialhilfekosten werde ich sowieso ausgeben müssen, denn ich bin gesetzlich dazu verpflichtet, also werden sie ansteigen. Auch hier übernehmen Sie die Verantwortung für diese höheren Kosten.

Wir können auch über die grossen Posten der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung mit der Primarschulgemeinde sprechen. Dann möchte ich aber auch die werten Vertreter aus Gewerbe und Industrie nicht jammern hören, denn Frauen und Männer mit Familienaufgaben sind schwierig im Beruf zu halten, und man findet schliesslich keine Arbeitskräfte. Die Primarschulgemeinde ist für mich ein sehr wichtiger Partner, denn neu werden nämlich die Sprachspielgruppen, die bei mir laufen, durch die Schulgemeinde finanziert. Das ist eine Änderung des Volksschulgesetzes per 1. Januar 2024, umgesetzt wird es per neues Schuljahr 24/25. Diese bewährte Partnerschaft so aufs Spiel zu setzen, finde ich fahrlässig. Es stehen gern Spielgruppen von Privaten parat, hier zu wirken, sollten die Früchte nicht geerntet werden. Dann wird die Primarschulgemeinde ihren Steuerfuss gern anpassen und wir KESB-angeordnete Massnahmen für Kinder und Jugendliche zahlen. Wir haben hier ein funktionierendes System und eine Anpassung nur eines kleinen Puzzleteils muss sehr gut überdacht werden.

Weitere Angebote, wir haben es schon gehört, die sehr beliebt sind, können wir gern anschauen. Wir sprechen dann aber auch von Angeboten im Quartier und speziell für Kinder, Jugendliche und Familien. Diese für die Gesellschaft wichtigen Meilensteine wurden von Freiwilligen aufgebaut, der Stadt anvertraut und weitergeführt. Jugendliche finden natürlich auch den Bahnhofplatz interessant, ich möchte aber keine Zustände wie in Amriswil und Weinfelden mit teuren Securitas-Einsätzen haben.

Ich werde ihre Aufträge selbstverständlich entgegennehmen. Sie dürfen aber auch sicher sein, dass die Einsparungen sichtbar sein und wehtun werden. Gerne werde ich dann auf die verant-

wortlichen Gemeinderatsmitglieder verweisen. Übrigens Volk bleibt Volk. Sie als Volksvertreter der Legislative oder wir als Exekutive – auch Volksvertreter im Übrigen – sind verpflichtet, den Volkswillen umzusetzen, und zwar für alle, nicht nur für wenige.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Einige von Ihnen sind ja bereits Mitglieder des Grossen Rats, andere stellen sich an den Wahlen im Frühling zusätzlich zur Verfügung. Ich wünsche mir, dass viele von Ihnen den Sprung schaffen, denn dies eröffnet Ihnen die Möglichkeit, die gut strukturierte und auf einem Comment beruhende Arbeit des Kantonsparlaments kennenzulernen. Dieses diskutiert zum Beispiel Gesetzesvorlagen in maximal zwei Lesungen, denn zwei Lesungen genügen bei guter Vorbereitung. Es sorgt dafür, dass die allermeisten Anträge und Diskussionen zum Voranschlag bereits in den vorbereitenden GFKs gestellt und geführt werden. Nachher ist man zum einen gut vorbereitet auf die allenfalls nochmals gestellten wenigen, aber zentralen Anträge in der Ratsdebatte und kann dies in den Fraktionen sauber und im Voraus diskutieren. Und schliesslich informieren die Legislativmitglieder, die einen Antrag stellen wollen, im Vorfeld auch noch die anderen Fraktionen sowie die Exekutivmitglieder, damit sich alle nochmals sorgfältig mit der Thematik auseinandersetzen können. All dies täte dem Rat hier auch gut, darum viel Erfolg allen Kandidierenden.

Wir, und damit meine ich den Stadt- und den grössten Teil des Gemeinderats, befassen uns mit einem Antrag, der nicht in einer vorberatenden Kommission zuvor diskutiert, sondern uns per Mail und bei den meisten erst nach der Information der Presse zugestellt worden ist.

Beginnen wir mit der Rückweisung an sich. Was heisst das? Das heisst, dass das Budget an den Stadtrat und die Verwaltung zurückgeht. Diese haben zeitgleich mit der Erstellung der Jahresrechnung, nämlich im Januar und Februar das Budget zu überarbeiten. Eine grosse Belastung für die Verwaltung, insbesondere für das sehr schlank aufgestellte Finanzamt. Die Botschaft, der ganze Budgetordner mit seinen über 500 Seiten muss angepasst werden. Der Stadtrat hat diesen dann zu bearbeiten, nachher wird er wieder dem Rat zugestellt, die Geschäftsprüfungskommissionen haben darüber zu debattieren, und schliesslich kommt das Budget dann wieder in den Rat. Alle Schritte mit dem Rössli Spiel Einladungen, Sitzungen, Protokolle. Vielleicht gelingt uns das auf den März hin, vielleicht und wahrscheinlicher aber erst auf den April. Ob es dann durchgewinkt würde? Dafür gibt uns niemand die Garantie. Ein allfälliges Referendum würde danach weitere Monate ohne genehmigtes Budget ins Land ziehen lassen.

Solange kein genehmigtes und unbestrittenes Budget vorliegt, werden ungebundene Ausgaben nur dort getätigt, wo ein Verzicht darauf zu einer Schädigung des Volksvermögens führen würde, zum Beispiel die Inbetriebnahme des Hallenbads. Andere ungebundene Ausgaben wie zum Beispiel die Leistungsvereinbarungen mit 20 Kulturinstitutionen oder Unterstützungsleistungen für Veranstaltungen wie etwa die Fasnacht bleiben in dieser Zeit liegen. Inwiefern diese Vereine und Institutionen damit leben können, entzieht sich meiner Kenntnis – es dürfte für einige schwierig werden, zum Beispiel für «Musig i dä Stadt» oder «Out in the green Garden». Sollten Sie in diesen Worten eine Drohung gehört haben, so haben Sie mich missverstanden, ich stelle nur fest, welche Wirkungen über die Budgetüberarbeitung hinaus eine Rückweisung zeitigen wird. Denn Sie haben dafür die Verantwortung zu tragen und sollten dies sehenden Auges tun können. Und wenn sie den schwarzen Peter dafür zurück an die Verwaltung und den Stadtrat geben möchten, indem Sie die späte Erstellung des Budgets monieren, dann erinnere ich Sie daran, dass diese Terminierung in der Folge der angepassten Gemeindeordnung im Jahr 2010 entstanden ist und seit 13 Jahren so funktioniert hat. Nichtsdestotrotz werden wir diesen Prozess, sofern uns dafür die notwendige Zeit auch bleibt, prüfen und anpassen. Der Auftrag ist erteilt, die Arbeiten sind am Beginnen.

Mit der Rückweisung ist ein Auftrag verbunden. Dieser sagt aus, wo nach Ansicht der Antragstellenden das Budget überarbeitet werden soll. Vorweg einmal grundsätzlich: Auch dieser Antrag spricht von Plafonierung, Aufwand- und Investitionslenkung, also dreht er an den gleichen Stellschrauben wie der Stadtrat. Das ist natürlich erfreulich. Huhn – Ei? Wer hat's erfunden? Das

würde ich jetzt einmal auf meine oder auf unsere Kappe nehmen, denn wir haben sie ja bereits im November darüber informiert. Allerdings, und das ist den Antragstellenden angesichts fehlender vertiefter Kenntnisse auch nicht zu verübeln, setzen sie an den falschen Orten an. Auch hier nehme ich mangels vorgängig geführter Diskussion leider ausführlich Stellung.

Zum Personal: Der heutige Stellenplan soll plafoniert werden, die Kosten für 200 Stellenprozente sollen gestrichen werden. Wie immer steckt der Teufel im Detail, und mit dem ersten Teil des Antrags «Der Personalbestand der städtischen Verwaltung ist auf dem Stellenplan 2023 zu plafonieren» überschreiten Sie, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, Ihre Kompetenzen. Der Stellenplan ist gemäss Art. 38 der Gemeindeordnung in der alleinigen – ich wiederhole: alleinigen – Kompetenz des Stadtrats. Ihre Kompetenz ist in diesem Zusammenhang die Zurverfügungstellung der Mittel gemäss Art. 31 der Gemeindeordnung. Die Streichungsanträge sind also korrekt formuliert. Ob sie dann sinnvoll sind, steht auf einem anderen Blatt Papier. Auf jeden Fall werden wir seitens Stadtrat nach wie vor selber über den Stellenplan bestimmen. Sollte übrigens jemand irgendeinmal geglaubt haben, dass in der Verwaltung Stellenaufstockungen einfach so aus Lust und Freude an zusätzlichem Personal in Zeiten von Personal- und Fachkräftemangel beantragt werden, muss ich Sie enttäuschen.

Zum Sachaufwand: Hier nehmen die Anträge die Büromöbel und -geräte sowie Positionen für externe Beratende, Gutachter und Fachexperten ins Visier. Büromöbel und Bürogeräte beschaffen wir von einem lokalen Anbieter. Das Geld wird vor Ort bei einem Unternehmen vor Ort verwendet. Es hat also den Nebeneffekt, auch Arbeitsplätze zu sichern. Gewiss, es sind hochwertige Möbel in dem Fall, wo es mich betrifft, keine Möbel aus einem Outlet, die man dann alle fünf Jahre wieder neu beschaffen muss. Ich selber habe zu Hause einen sehr teuren Bürostuhl, den ich in den 80er-Jahren gekauft habe, er funktioniert immer noch. Sie haben aber auch einen Nutzen, denn sie dienen der Einrichtung eines bisher schlecht genutzten Büroraums hier im Rathaus hin zu einem modernen Grossraumbüro für sechs Personen. Bei den Geräten handelt es sich unter anderem um die Beamertechnik für diesen grossen Bürgersaal. Die Umsetzung Ihres Auftrags, sofern Sie denn dem Rückweisungsantrag zustimmen, bedeutet die Aufschiebung einer organisatorisch sinnvollen und effizienzsteigernden Massnahme und eine Modernisierung des Bürgersaals, von der nicht nur Sie profitieren würden.

Was die Honorare externer Berater, Gutachter, Fachexperten usw. betrifft, so müssen wir einen Drittel, also nicht alle Kosten, sondern ein Drittel dieser Kosten einsparen. Zum Beispiel ein Drittel der Kosten für juristische Beratung und Begleitung bei Personal- und Verwaltungsfragen, die ja nicht zuletzt aufgrund der von Seiten des Gemeinderats gestellten Ansprüche an rechtlichen Abklärungen bei der Legiferierung in den vergangenen Jahren angestiegen ist. Oder ein Drittel der Kosten für die externe Fachberatung im Personal-, im Bau- und im IT-Bereich. Die Folge: Ein Qualitätsverlust, dessen Folgekosten wohl höher zu veranschlagen sind als die kurzzeitige Einsparung.

Zu den Investitionen: Hier soll es den planerischen Vorarbeiten im Zusammenhang mit der Aussiedlung der Stadtbetriebe und der Arealentwicklung Gaswerkstrasse an den Kragen gehen. Diesen Antrag verstehe ich aus finanzpolitischer Sicht – und ich rede aus finanzpolitischer Sicht – am allerwenigsten. Es sei denn, man möchte damit der unrühmlichen Kette vergangener Fehlentscheide noch zwei weitere Glieder anfügen.

Ich beginne 2007 mit der F21, günstiger wären wir nie zu einer solchen Verkehrslösung gekommen. Oder 2016 hat man AFIP versenkt und kann heute einfach nur neidisch nach Wädenswil schauen, welche Innovationen und Startups dort statt in Frauenfeld entstehen. 2019 hat man die zusätzlichen Investitionen in einen Wellnessbereich beim Hallenbad abgelehnt, deren Betrieb uns sehr willkommene zusätzliche Deckungsbeiträge an die Betriebskosten des Hallen- und Freibads geleistet hätte. Und 2023 schliesslich hat man den Verkauf des Casinos für 14 Mio. Franken abgelehnt, die uns künftig schmerzhaft fehlen werden, wenn wir denn einen grösseren Stadtsaal weiterhin betreiben wollen. Verstehen Sie mich nicht falsch, ich akzeptiere diese Ent-

scheide, aber deshalb verstehe ich sie trotzdem nicht. Und so geht es mir bei diesen beiden Streichungsanträgen erst recht.

Die Stadt verfügt an allerbesten, zentraler Lage über hervorragendes Land, das sie selber aber für ihre Betriebe belegt. Eine schlechte Ausnutzung. Sie sieht vor, diese Betriebe an andere Standorte zu verlagern und damit das Land für Investitionen freizuspielen. Wenn Sie den Anträgen zustimmen, werden Sie diese Inwertsetzung im Minimum verzögern, im Maximum verhindern. Das Geld wird uns fehlen. Es ist eine der wichtigen Arten, wie wir den grossen Investitionsbedarf, der übrigens Aufträge für die lokale Wirtschaft generiert, stemmen können. Sie sehen, wie schwierig es ist, 1.5 Mio. Franken Personal- und Sachaufwand und 200'000 Franken Investitionen, die Investitionen schlagen ja in der laufenden Rechnung nicht so aus, mit 200'000 Franken schon gar nicht, aus dem Budget hinauszustreichen. Und das kommt ja nicht von ungefähr. Ich habe es einleitend gesagt, die städtische Infrastruktur und das städtische Dienstleistungsportfolio sind in einem jahrzehntelang austarierten Prozess entstanden. Die Investitionen und die Aufgaben in den Griff zu bekommen, bedarf zum einen Fingerspitzengefühl und zum anderen eines demokratischen Prozesses. Der Stadtrat hat diesen Prozess aufgegleist. Er hat Sie seit Oktober fortlaufend darüber informiert, er hat den Rahmen für diese Legislatur gesetzt und Ihnen vielleicht spät, aber er hat es Ihnen mitgeteilt. Die Verwaltung ist in diese Schritte einbezogen worden. Und wenn Sie den Rückweisungsantrag ablehnen, dann werden diese Arbeiten greifen. Wenn Sie den Antrag jedoch annehmen oder wenn gar ein Referendum ergriffen wird, werden Sie damit nur Zeit verplempern und Sie werden, was Sie erreichen möchten, nicht erreichen. Im Gegenteil, Sie werden Schaden anrichten. Inwertsetzungen werden verumständet oder gar verhindert, dass Personal wird verheizt, organisationelle Entwicklungen werden torpediert. Es wird das geflügelte Wort eintreffen, wer stehenbleibt, wird abgehängt.

Auf einige Voten möchte ich an dieser Stelle noch eingehen. Es wurde gesagt, dass es eine Problematik wäre, wenn man den Steuerfuss nicht festsetzen könnte, dass dann die Steuerrechnungen nicht so gestellt werden könnten. Das stimmt zwar, aber die Differenz wird dann später in Rechnung gestellt. Es ist natürlich dann für das Budget nicht so einfach, aber wir haben ehrlich gesagt ein grösseres Problem, nämlich den Veranlagungsrückstand, der da viel mehr zu Buche schlägt. Das ist also nicht das hauptschlagende Argument gegen eine Rückweisung.

Zu den Steuereinnahmen: Wir haben im Budget 2024 51 Mio. Franken veranschlagt, das werden wir sehr wahrscheinlich auch erreichen, denn wir erreichen bereits mit der Rechnung 2023 einen hohen Betrag. Was ist der Hintergrund, dass ich da nicht so pessimistisch bin und dass der Steuerfuss nicht um 10 % erhöht werden müsste? Was mich hier zuversichtlich stimmt, ist eben gerade dieser Veranlagungsrückstand. All das, was wir gehört und gesehen haben, was sich in den Jahren entwickelt hat, ist noch nicht veranlagt. Die Steuerrechnungen sind erst provisorisch und die definitiven kommen und die fallen in vielen Fällen wesentlich höher aus. Das ist zwar für mich als Steuerzahler nicht erfreulich, aber für uns als Stadt sind diese 55 Mio. Franken realistisch, allenfalls mit einer moderaten Steuerfusserhöhung.

Die Plafonierung der Investitionen, das wurde von Gemeinderat Stefan Vontobel gesagt, dass wir das 2024 nicht getan haben, das ist richtig. Die Plafonierung, die wir in der Medienmitteilung publiziert haben, gilt ab den Jahren 2025 bis und mit 2027.

Was die Stellenaufstockung von 2022 auf 2023 betrifft, auch das im Votum von Stephan Vontobel, das sind 27 Stellen, das ist nicht einfach die Stadtverwaltung. Man muss genau hinschauen. Sie sehen das innerhalb des Ordners in der 9. Ablage. Das AZP macht mit 13.5 Stellen die Hälfte aus, die Schlossbadi mit 2 Stellen, weil sie wieder aufgeht, was ja erfreulich ist. Thurplus 1.3 Stellen, Soziales 5 Stellen, die restlichen 5 Stellen fallen effektiv in der Verwaltung an. Daher ist das zu relativieren.

Was die Motion Vontobel/Widmer betrifft, da gebe ich recht, das dauert. Schon die Motion Bernold dauerte zwei Jahre, bis wir sie beantwortet hatten. Es sind komplexe Themen, die Sie da

mit Ihrer Motion aufgreifen. Wir haben ein erstes Gespräch mit den Gemeinderäten Vontobel und Widmer geführt und die Problematik dort aufgezeigt. Wir müssen ehrlicherweise auch sagen, die Ressourcen im Finanzamt, das diese Motion zu bearbeiten hat, sind nicht so breit aufgestellt, dass wir für viel daneben Platz haben. Wir sind daran, wir werden die Motionsbeantwortung weiter vorantreiben. Es tut mir leid, dass es hier länger geht.

Und dann noch ein letztes Wort, das war die Abschreibung. Roland, da hast du dich bei den Prozentzahlen vertan, es war nicht 40 und 25 % beim Abschreibungssatz, sondern die Abschreibungsdauer wurde verändert von bisher 40 auf 25 Jahre. Das heisst, wir müssen jetzt statt 2.5 % jährlich 4 % abschreiben. Das macht aber nicht wenig aus. Wenn man davon ausgeht, dass man jedes Jahr einige Millionen in Strassen investiert, dann sprechen wir hier von einigen Hunderttausend Franken, die wir hier mehr abzuschreiben haben.

Abstimmung

Der Teilrückweisungsantrag der FDP wird mit 21 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen angenommen.

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Wir kommen nun zur weiteren allgemeinen Diskussion, jetzt aber ohne Budget der Stadt, sondern nur über den Finanzplan der Stadt, das Budget und die Finanzpläne der Betriebe und der restlichen allgemeinen Unterlagen.

Finanzplan der Stadt 2025-2027:

Keine Wortmeldungen.

Finanzkennzahlen der Stadt:

Keine Wortmeldungen.

Budget Thurplus 2024:

Gemeinderat Christian Mader (EDU), Referent im Namen der GPK Bau und Werke: Das Eintreten war in der GPK unbestritten.

Die GPK Bau und Werke wurde durch Stadtrat Fabrizio Hugentobler, Thurplus-Geschäftsleiter Peter Wieland und den stellvertretenden Leiter Finanzen Sascha Rohner über das Budget informiert. Fabrizio Hugentobler erläuterte, dass das Budget 2024 von der Fernwärme geprägt werde, es seien grössere Investitionen geplant, die sowohl Treiber für finanzielle wie auch personelle Ressourcen darstellen. Beim Personal werde konkret nach Elektrikern gesucht.

Peter Wieland berichtete detailliert über den Stand des Fernwärmeausbaus, wobei er sich auch mit der Akquise sehr zufrieden zeigte. 50 Liegenschaften bzw. 100 Wohnungen seien bereits angeschlossen. Weiter wurde über aktuelle und zukünftige Projekte der Photovoltaikstrategie informiert und über den Ausbau von E-Ladestationen für E-Autos.

Auf die Frage eines GPK-Mitglieds, welche zukünftigen Pläne oder auch Ideen es nebst dem kontinuierlichen Fernwärmeausbau gibt, meinte Peter Wieland, dass die Ausbaupläne der Fernwärme angesichts der personellen Ressourcen genug herausfordernd seien und man mehr als ausgelastet sei.

Thurplus erhielt vor der Sitzung folgende Frage betreffend Gasreglement: «Was macht es kostentechnisch aus, dass das neue Gasreglement nicht auf Anfang 2024 in Kraft tritt?» Die Antwort von Peter Wieland war, die Mindereinnahmen im ersten Quartal 2024 bewegen sich zwi-

schen 100'000 Franken und 300'000 Franken, je nach Temperaturen und Gasverbrauch, und bis zum Winter 2024/2025 dürfte das Reglement dann in Kraft sein.

Auf eine weitere Frage aus der GPK zur Einschätzung der Energieversorgungssicherheit erklärte Peter Wieland, die Situation sei aktuell nicht vergleichbar mit dem Vorjahr, sie habe sich entspannt. Und Russland sei wieder der zweitgrösste Gaslieferant nach der arabischen Halbinsel. Beim Strom habe der Bund ja Geld für Ersatzkraftwerke gesprochen, weiter sei ein Anstieg der Prozessenergie festzustellen wie beim Niveau vor Corona. Das heisst, dass auch die Wirtschaft wieder mehr Prozessenergie benötigt, was eigentlich positiv zu werten ist.

Ein weiteres GPK-Mitglied fragte nach dem aktuellen Stand betreffend die Probleme beim Kundendienst. Stadtrat Fabrizio Hugentobler erläuterte, am Telefon sei es heute viel mehr Beratung als früher, was extrem viel Zeit in Anspruch nehme, und nach den Beratungsgesprächen sei das Tagesgeschäft immer noch nicht erledigt.

Dann wurde auch die Personalfuktuation bei Thurplus angesprochen. Peter Wieland führte aus, 2023 habe es 12 Eintritte und 6 Austritte bei 60 Mitarbeitenden gegeben. Aktuell suche Thurplus für die Wärme, den Kundendienst und die Operation Technology insgesamt 5 Personen in Vollzeit.

Zur Investitionsrechnung S. 383 / 10183 wurde eine weitere Frage aus der GPK gestellt, und zwar, was es mit der Investition KI Cybersicherheit auf sich habe. Die Antwort war, es fehle eine Rund-um-die-Uhr-Überwachung der Operation Technology, also der Steuerung. Solche Überwachungen seien heute KI-basiert. KI schaue, was normal ist und bei Abweichungen gebe es eine Meldung. Dies die Antwort.

S. 389 Erfolgsrechnung 321: Hier ging es um die Deckungsdifferenzen und es wurde nach der Erklärung gefragt, was die Deckungsdifferenz sei. Sascha Rohner erklärte, dass im Monopolbereich im Voraus Tarife kalkuliert werden und danach abgerechnet wird. Es ist die Differenz zwischen der Vor- und der Nachkalkulation, die dann allenfalls an den Kunden zurückfliessen wird.

S. 395 Erfolgsrechnung 3130.02: Ein GPK-Mitglied wollte wissen, weshalb sich das Porto gegenüber der Rechnung 2022 fast verdoppelt hat. Wie Sascha Rohner erklärte, hat man die Versandgeschwindigkeit erhöht, damit die Rechnung eintrifft, bevor die Zahlungsfrist beginnt. Zudem erhöht die Post 2024 die Portogebühren schon wieder.

Zum Schluss noch kurz zu den wichtigsten Zahlen, die ihr sicher schon alle gesehen habt. Das Budget 2024 weist ein Gesamtergebnis von +4.5 Mio. Franken aus, was rund 600'000 Franken unter dem Vorjahr liegt. Die Haupttreiber sind ansteigende Stromnetzerträge und -abgaben, getrieben durch die Einführung der Winterstromreserve und die Erhöhung von Systemdienstleistungen der Swissgrid sowie Vorliegernetzkosten. Die geplanten Investitionen steigen mit 14.6 Mio. Franken weiter an, Treiber ist hier wie bereits erwähnt der Fernwärmeausbau, der weiter Fahrt aufnimmt.

Zu Antrag 4 der Botschaft: Das Budget 2024 von Thurplus wird von der GPK Bau und Werke einstimmig gutgeheissen.

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Zwei kurze Anmerkungen oder Ergänzungen. Besten Dank dem GPK-Sprecher, viel mehr gibt es nicht hinzuzufügen.

Einerseits wurde heute im Vorfeld der Diskussion gesagt, man wüsste gern mehr über Fernwärme. Das wurde wie eben gehört in der GPK genauestens erläutert und in den Medien ebenfalls, das letzte Mal am 13. November dieses Jahres.

Vielleicht noch eine kurze Aussage zum Vermögen von Thurplus: Ja natürlich, da braucht man kein Mathematiker zu sein, um festzustellen, dass dieses schwindet. Wenn wir 40 Mio. Franken in Fernwärme investieren, liegt es ja auf der Hand, dass auch unser Vermögen kleiner wird. Das nochmals zwei kurze Ergänzungen, ansonsten habe ich keine weiteren Ausführungen.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

Budget 2024 Alterszentrum Park

Gemeinderat Roman Fischer (GP), Referent im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Zu reden gaben die Personalkosten, die uns aber alle plausibel dargelegt werden konnten. Im Budget sei neu eine Umkleidepauschale enthalten. Beim Pflegefachpersonal und bei den Personen, die keine Ausbildung hätten und mit einem Mindestlohn unterwegs seien, wurde eine leichte Lohnerhöhung von 1.5 % eingeplant. Die Honorare Dritter (S. 462) sind mit fast 500'000 Franken eingeplant, 160'000 Franken mehr als im letzten Budget, was aber notwendig ist, um Projekte durchzuführen, die die Kosten minimieren sollten oder damit die Kosten im Griff behalten werden können. 200'000 Franken dieser Honorare (Konto 3801) fließen zur Personalfachstelle der Stadt als Ausgleichszahlung und in geringerem Mass auch zum Amt für Kommunikation (Konto 3805) für die Gestaltung und Inhalte der Flyer und um zum Beispiel den Freiwilligenpool nach dem Aderlass mit oder nach Corona wieder aufzubauen oder die Anpassung der Webseite.

Sachkosten wurden beim AZP bewusst und als Vorgabe konstant gehalten, was aber bei den Energiekosten und den Zinsen nicht möglich war. Ein grosses Problem für das AZP sei die Restfinanzierung, deren Ansätze der Kanton auf das Jahr 2024 nicht angepasst hat. Das wäre aus GPK-Sicht eine Hausaufgabe unserer Grossräte, vielleicht sogar unserer zukünftigen Grossräte in dieser Runde, da beim Kanton Druck zu machen. Unter anderem wegen dieser Unterlassung des kantonalen Departements für Finanzen und Soziales mussten nun die AZP-Tarife derart erhöht werden, dass die Ergänzungsleistungen oft nicht mehr zur Finanzierung eines AZP-Aufenthalts ausreichen, was problematisch ist.

Die zuständige Stadträtin Siegenthaler und der Leiter des AZP, Michael Tobler, beantworteten uns geduldig zahlreiche Detailfragen zum Budget, die sinnvolle Reorganisation im Kleinen betrafen oder aber operativen Charakter haben, sodass ich darauf verzichte, hier darauf einzugehen. Sie sind alle in unseren Protokollen nachzulesen.

Die GPK sagte zum Antrag 5 mit 4 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen Ja.

Keine Wortmeldungen.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

Abstimmung

Antrag 1 der stadträtlichen Botschaft – «Gemäss Art.15 Absatz 1 des Besoldungsreglements werden für individuelle Besoldungsanpassungen 0.65 Prozent und für Leistungsprämien 0.1 Prozent der Gesamtlohnsumme bewilligt. » – wird einstimmig angenommen.

Antrag 4 der stadträtlichen Botschaft – «Das Budget 2024 von Thurplus wird gutgeheissen.» – wird einstimmig angenommen.

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Der Antrag 4 untersteht gemäss Art. 32 in Verbindung mit Art. 11 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem Behördenreferendum. Ich nehme nicht an, dass es Personen gibt, die dieses nutzen möchten, frage aber trotzdem: Wer spricht sich für ein

Behördenreferendum aus? – Das wird wie vorausgesagt nicht genutzt. Die Referendumsfrist für die Stimmberechtigten beginnt demzufolge am Donnerstag, 14. Dezember 2023 und dauert 45 Tage.

Abstimmung

Antrag 5 der stadträtlichen Botschaft – «Das Budget 2024 des Alterszentrums Park wird gutgeheissen.» – wird einstimmig angenommen.

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Auch dieser Antrag untersteht dem Behördenreferendum. Möchte sich jemand für das Behördenreferendum aussprechen? – Das ist nicht der Fall. Somit beginnt auch hier die Referendumsfrist für die Stimmberechtigten am Donnerstag, 14. Dezember 2023 und dauert 45 Tage.

Abstimmung

Antrag 6 der stadträtlichen Botschaft – «Die Finanzpläne 2025 bis 2027 der Stadt Frauenfeld, von Thurplus und des Alterszentrums Park werden zur Kenntnis genommen.» – wird mit 38 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Gemeinderat Pascal Frey (SP): Wir haben somit die heutige Tagesordnung durchberaten und ich möchte mich nun trotzdem noch von Gemeinderat Ralf Frei verabschieden.

Lieber Ralf, du warst sechseinhalb Jahre Mitglied des Gemeinderats, von Anfang an auch Mitglied in der Redaktionskommission, was genau deiner Begabung entsprach. Du warst entsprechend nicht besonders erfreut, als ich dir als Fraktionspräsident nach den letzten Wahlen im Frühling dieses Jahres eröffnete, dass du dieses Amt aufgrund von Abtauschen, damit der Mix in der Flurkommission etwas besser wird, nicht mehr ausüben darfst.

Vor genau sechs Jahren bist du auch als Beobachter in die GPK Bau, Werke und Anlagen gegangen. Diese heisst zwar mittlerweile nicht mehr so, aber du warst immer dabei. Dabei warst du auch, als dieser Rat das Informationsreglement in einer Spezialkommission ausgearbeitet hat. Was daraus geworden ist, wissen wir alle. Du hast den Ratsbetrieb oft mit einem Spruch aufgelockert und ein Lachen provoziert, aber immer ohne es ins Lächerliche zu ziehen.

Du verlässt uns, da ihr euer zweites Kind erwartet. Und wenn es – wie im Rat auch – zu Hause nicht immer zum Lachen ist, denk daran, es ist alles nur eine Phase. Wir wünschen dir und deiner Familie alles Gute in deiner nächsten Phase. Besten Dank für deinen Einsatz.

Von den Gemeinderäten Ralf Frei und Anita Bernhard-Ott wurde eine Interpellation zum Thema «Hürdenabbau bei Bewilligungsverfahren für den Bau von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien und zur Verbesserung der Energieeffizienz» eingereicht. Es haben neben den Interpellanten 32 Ratsmitglieder mitunterschrieben.

Weiter wurde von Gemeinderat Roman Fischer eine Einfache Anfrage mit dem Titel «Schneeräumung Fusswege inkl. Bushaltestellen und Velorouten» eingereicht.

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Mittwoch, 17. Januar 2024 um 18:00 Uhr statt. Eine ausserordentliche Information zur Stadtkaserne findet am Mittwoch, 14. Februar, um 18:00 Uhr statt. Sie können sich bereits heute diesen Termin einschreiben, die Einladung folgt in den nächsten Tagen. Wir dürfen uns vor Ort in der Kaserne umschaun und erhalten Informationen zum aktuellen Stand aus erster Hand.

Nun wünsche ich Ihnen noch eine schöne, möglichst stressfreie Vorweihnachts- und Weihnachtszeit. Geniessen Sie die Tage und kommen Sie erholt ins 2024.

Ich danke dem Ratssekretär und dem Team der Stadtkanzlei für die wertvolle Unterstützung bei der grossen Vorbereitung dieser Sitzung und der Stadtgärtnerei für den Blumenschmuck. Ich erkläre die Gemeinderatssitzung hiermit für geschlossen.

- - -

Schluss der Sitzung: 19:15 Uhr.
